

offen-siv

Zeitschrift für Sozialismus und Frieden

2/2016

Spendenempfehlung: 2,00 €

Ausgabe März-April 2016

Redaktionsnotiz.....	3
Polen.....	6
<i>Zbigniew Wiktor</i> : Die polnischen Parlamentswahlen vom 25.10.2015 und ihre politischen Folgen.....	6
Italien.....	19
<i>Gerhard Feldbauer</i> : Vor 30 Jahren begannen die Maxi- Prozesse gegen die Mafia.....	19
Die UNO.....	22
<i>Gerhard Schiller</i> : Die UNO im Wandel der Zeiten.....	22

Zur deutschen Außenpolitik.....	35
<i>Horst Schneider</i> : Fragen zur Ziel- und Prinzipienlosigkeit „neuer“ deutscher Außenpolitik.....	35
Friedenspolitik.....	48
<i>Irene Eckert</i> : Die Auferstehung der Ostermarsch-bewegung erfordert neu anti-imperiale Töne!.....	48
<i>OKV, FDJ, Unentdecktes Land e.V., Verband zur Pflege der Traditionen der NVA und der GT e.V.</i> : Erklärung der Generationen.....	51
Historische Beiträge zum internationalen Frauentag.....	54
<i>Lenin</i>	54
<i>Luther</i>	56
<i>Nietzsche</i>	56
Marxistisch-leninistisches Fernstudium gestartet.....	57
<i>Frank Flegel</i> : Erfolgreicher Start unseres gemeinsam mit der KPD organisierten marxistisch-leninistischen Fernstudiums... 57	
<i>Torsten Schöwitz</i> : Grußadresse an die Teilnehmer/innen des marxistisch-leninistischen Fernstudiums von KPD und offen-siv.....	59
Kritik an offen-siv 1-2016.....	60
<i>Irene Eckert</i> : Lieber Frank, liebe Anna.....	60

Impressum

offen-siv, Zeitschrift für Sozialismus und Frieden

Herausgeber: Frank Flegel

Geschäftsführung, Redaktion, Satz, Herstellung, Schreibbüro: A. C. Heinrich und F. Flegel

Druck: Druckservice orbital, Reichenau.

Bezugsweise: unentgeltlich, Spende ist erwünscht.

Redaktion offen-siv, Frank Flegel, Gerhart-Hauptmann-Str. 14, 37194 Bodenfelde-Wahmbeck

Tel.u.Fax: 05572 – 99 22 42, Mail: redaktion@offen-siv.com, Internet: www.offen-siv.net

Spendenkonto:

In- und Ausland: Konto Frank Flegel,

IBAN: DE10 2505 0180 0021 8272 49, BIC: SPKHDE2HXXX;

Kennwort Offensiv.

Redaktionsnotiz

Die rassistischen Horden kriechen aus ihren Löchern und können sich – selbstverständlich von der Polizei geschützt – auf der Straße oder auf Plätzen zusammenrotten und ihre menschenverachtenden, faschistischen Parolen verbreiten. Polizeilich verfolgt und staatlich belangt werden selbstverständlich die antifaschistischen Gegendemonstranten, ein Zustand, der so alt ist wie die Bundesrepublik Deutschland.

Nicht so alt wie die Bundesrepublik Deutschland ist der Wahlerfolg dieses Mobs. Zwar gab es in der Geschichte der BRD fast immer faschistische Parteien, nur selten aber schafften sie es in die Parlamente und so gut wie nie mit zweistelligen Ergebnissen. Bei den jüngsten Landtagswahlen ist mit dem Wahlerfolg der AfD eine neue Situation entstanden. Sie zeigt die Früchte der politischen und medialen Verdummung, gepaart mit dem Fehlen einer Systemalternative seit der Konterrevolution in Europa: da wählen rassistisch verblende Menschen aus Angst davor, dass ihnen die Flüchtlinge etwas wegnehmen (Arbeitsplätze, die letzten Reste von Sozialleistungen, Wohnungen, Renten – wobei nichts von dem bisher eingetreten ist) eine Partei, die laut ihres Programmwurfes nicht nur den Flüchtlingen, sondern auch den Geringverdienern, Arbeitslosen, Alleinerziehenden, Frauen, Behinderten usw. an den Kragen will. Die AfD will für alle den gleichen Steuersatz einführen, egal ob Krankenschwester oder Multimillionär, den Mindestlohn abschaffen, die Arbeitslosenversicherung privatisieren und mit diesem Schritt auch individualisieren, so dass sich jede/r seinen Art des Versicherungsschutzes aussuchen kann bis zum gänzlichen Verzicht auf eine

Arbeitslosenversicherung („Dabei können private Versicherungsangebote ebenso eine Rolle spielen wie die Familie oder der Verzicht auf Absicherung zugunsten des schnelleren Aufbaus von Ersparnissen.“), Langzeitarbeitslose sollen zu einem neuen Arbeitsdienst, der so genannten „Bürgerarbeit“, herangezogen werden, weiter will die AfD Frauenquoten und Gleichstellungsbeauftragte abschaffen, die Abtreibung erschweren und bei Ehescheidungen das Schulprinzip wieder einführen, was heißt, dass eine als „schuldig“ geschiedene, allein erziehende Person kein Anrecht auf Sozialleistungen hat („Schwerwiegendes Fehlverhalten, welches sich gegen die eheliche Solidarität richtet, muss bei den Scheidungsfolgen berücksichtigt werden.“) Die schulische Inklusion, also das gemeinsame Lernen von Schülern mit und ohne Behinderung, ist für die AfD „ideologisch motiviert“ und viel zu teuer. Die Wahlanalysen zeigen, dass die AfD ausgerechnet von den Arbeitslosen überproportional viele Stimmen bekommen hat: Von den Arbeitslosen bekam die AfD in Rheinland-Pfalz 27% der Stimmen, in Baden-Württemberg 32% und in Sachsen-Anhalt 38%!

Das Verhalten der Wähler dieser Partei ähnelt dem Verhalten des Volkes auf dem berühmten Gemälde, wo gezeigt wird, wie das Volk dem Führer über einen Berg folgt - direkt in den Sarg.

Hier nur ein kleines Beispiel, wer denn wem etwas wegnimmt: Der Konzern Continental schüttet den Mitarbeitern, ausgesprochen „sozial“ und „gerecht“, wie betont wird, je 1006,- Euro Bonuszahlung für das Jahr 2015 aus – egal ob Lehrling oder Ingenieur. Die Mitarbeiter in Niedriglohnländern erhalten die Hälfte. Im Ganzen wird dafür eine Summe von ca. 150 Millionen Euro aufgebracht. Und im Kleingedruckten kann man dann lesen, dass für die Ausschüttung an die Aktionäre 750 Millionen Euro vorgesehen sind, also die fünffache Summe. Diejenigen, die die Werte schaffen, bekommen ein Sechstel der Bonuszahlungen, die Kuponschneider fünf Sechstel. Alles in Ordnung, aber wehe, ein Flüchtlingskind darf umsonst ins Hallenbad!

Die Bundesregierung will zusätzlich 130 Milliarden Euro in die Bundeswehr investieren, dazu sollen 15.000 neue Stellen geschaffen werden. Rechnet man nur einen Bruttoverdienst von 3.000,- Euro pro Bundeswehrangeestellten, sind das nochmals rund 540 Millionen Euro. Kanonen statt Butter hieß so etwas früher. Niemand von diesen so genannten „besorgten Bürgern“ regt sich darüber auf.

Man kann nur froh sein, dass die deutsche Bourgeoisie u.a. wegen ihrer Exportorientierung keinerlei Interesse an geschlossenen Grenzen und an einem offenen Faschismus in Deutschland hat, denn sonst wäre da voraussichtlich alles möglich. Denn schaut man sich die Gegenkräfte an, sieht man schwerwiegende Probleme sowohl im antifaschistischen Lager wie auch in der Friedensbewegung. In beiden haben wir auf der einen Seite starke sozialdemokratische, in Ansätzen sogar bürgerliche Tendenzen, auf der anderen Seite in beiden auch Querfrontangriffe. In der Antifa-Bewegung ist

kommunistisches Gedankengut nur marginal vertreten und somit dessen Einfluss ausgesprochen gering. Dabei gilt doch: „Wer zum Faschismus „nein“ sagt und „ja“ zum Kapital, dass der das nur zum Schein sagt, ist ein klarer Fall“ (Schmetterlinge, Proletenpassion, Wien, 1977). Und was die Friedensbewegung angeht: jüngst konnte man in der „jungen Welt“ in einem friedenspolitischen Artikel lesen: „Gegen Gewalt in jeder Form“ und: „Der Kampf gegen den Krieg muss mit gewaltlosen Mitteln geführt werden.“ In der Konsequenz heißt das, dass sich Korea nicht hätte wehren dürfen, dass sich Vietnam nicht hätte wehren dürfen, dass die Politik der MPLA in Angola, der FRELIMO in Mosambik, der SWAPO in Süd-Westafrika, des ANC und seines militärischen Armes Um Khonto we Sizwe in Südafrika, der PLO und ihrer Mitgliedsorganisationen in Palästina, der Roten Armee im II. Weltkrieg, der Partisanen gegen die Hitlerfaschisten in der Sowjetunion, auf dem Balkan und in Italien, der Kampf der Spanischen Republik gegen die Franco-Faschisten usw. (es handelt sich hier um eine unvollständige Aufzählung) – falsch war. Man hätte stattdessen pazifistisch handeln müssen. Was für ein Unsinn! Es gilt noch immer die Parole: „Je stärker der Sozialismus, desto sicherer der Frieden“. Nicht die Pazifisten, sondern der Warschauer Pakt, die NVA, die Rote Armee, das waren die Garanten für 40 Jahre Frieden in Europa.

Diese negativen Einflüsse schwächen die Bewegungen und führen zu innerer Zerrissenheit und Spaltung. Wir leben noch immer in zutiefst konterrevolutionären Zeiten.

Nun aber zu diesem Heft: Wir haben Analysen zu Polen, Italien, zur Geschichte der UNO, zur deutschen Außenpolitik, bringen zwei Texte zur Friedenspolitik, wir berichten über den Start des neuen marxistisch-leninistischen Fernstudiums, erinnern an einige historische Texte im Zusammenhang mit dem 8. März – und veröffentlichen eine Kritik an der Ausgabe Jan-Febr. 2016 der offen-siv, vor allem am Abdruck der Rede des Genossen Koutsoumbas von der KKE. Wir teilen die Kritik nicht, vor allem sind wir bei den beiden zentralen Punkten der Kritik anderer Auffassung: beim Propagieren des Sturzes des Kapitalismus und bei der Frage der Einschätzung Russlands und z.B. des BRICS-Bündnisses. Gerade bei der Einschätzung Russlands stoßen immer wieder unterschiedliche Auffassungen aufeinander, zum Teil sehr heftig. Dabei geht es oft eher emotional zu denn analytisch und rational. Deshalb wollen wir hier nicht weiter Stellung nehmen, sondern uns um eine fundierte Analyse der russischen Gesellschaft heute, ihrer Klassenzusammensetzung, der Zusammensetzung und der Interessen ihrer Bourgeoisie, der Strategie und der Ausrichtung der russischen Außenpolitik usw. bemühen. Garantieren können wir leider nichts, aber wir werden es versuchen.

Das erste Heft dieses Jahres hat leider einen durch die Lay-Out-Übermittlung entstandenen Fehler aufgewiesen: klein und fast unleserlich gedruckte Autorennamen und

Zitate. Wir bitten Euch um Entschuldigung dafür, das war nicht geplant, sondern ist durch einen Fehler entstanden. Wir arbeiten dran, dass sich so etwas nicht wiederholt.

Zum Schluss wie immer der Hinweis auf die Finanzen: Zeitmachen kostet Geld, wir haben im Jahr 2015 mal wieder ein Minus eingefahren, welches Anna und ich auffangen konnten. Aber dass man für all die Arbeit, die mit der Herausgabe der offen-siv verbunden ist, auch noch bezahlen muss, ist kein schöner Zustand. Zusätzlich wird es auch in diesem Jahr wieder Sonderheft- bzw. Buchveröffentlichungen geben (müssen), weil es so wichtiges Veröffentlichungswürdiges gibt. Das kostet Geld.

Spendenkonto Offensiv:

Konto Frank Flegel,

IBAN: DE 10 2505 0180 0021 8272 49,

BIC: SPKHDE2HXXX; Kennwort: „Offensiv“.

<h2>Polen</h2>

Zbigniew Wiktor: Die polnischen Parlamentswahlen vom 25.10.2015 und ihre politischen Folgen

Die Wahlen zum Sejm (der unteren Kammer) und zum Senat am 25. 10. 2015 haben in Polen einen Wahlmarathon beendet. Er dauerte mehr als ein Jahr und die Wähler sind fünfmal zu den Wahlurnen gegangen. Im Resultat ist die politische und Parteibühne in Polen bedeutend verändert wurden, obwohl die Macht natürlich nach wie vor der Bourgeoisie gehört.

Im Mai 2015 gab es die Wahlen zum Europäischen Parlament, und von den insgesamt 50 „polnischen“ Mandaten bekamen zwei führende bürgerliche Parteien die entscheidende Mehrheit: die liberal-zentristische „Bürgerliche Plattform“ – „Platforma Obywatelska“ (PO) – unter der Führung ihres damaligen Vorsitzenden und Ministerpräsidenten Donald Tusk (aktuell Vorsitzender des Europäischen Rates) und die konservativ-katholische „Recht und Gerechtigkeit“ – „Prawo i Sprawiedliwosc“ (PiS) unter der Führung von Dr. Jaroslaw Kaczynski. Je vier Mandate haben die Linken (SLD) und die faschisierende Partei „Neue Rechte“ (Korwin) bekommen, die „Polnische Bauernpartei“ gewann drei Mandate.

Im November haben die Wahlen zu den zu den lokalen Selbstverwaltungsorganen stattgefunden, wo es ähnliche Resultate gab und die beiden bürgerlichen Parteien PO

und PiS große Mehrheiten errangen. Beide Parteien wurzeln historisch in der reaktionären Gewerkschaftsbewegung „Solidarnosc“, kämpfen aber seit dem Sieg der Konterrevolution hart um die Macht, kümmern sich schon lange nicht mehr um die Belange der Arbeiter und der anderen Werktätigen, sondern erfreuen sich stattdessen der Unterstützung des in- und ausländischen Kapitals und, etwas differenzierter ausgeprägt, der Unterstützung und Hilfe durch die Europäische Union, der USA, der NATO und der katholischen Kirche.

Im Mai 2015 fand die Staatspräsidentenwahl statt, bei der mit einer Mehrheit von mehr als einer halben Million Stimmen der Kandidat der PiS, Dr. Andrzej Duda, gewonnen hat. Das war der Beginn eines Prozesses, in dem die bis dahin siegreiche „Bürgerliche Plattform“ (PO) eine große Niederlagen einstecken musste und die politische Initiative auf die PiS überging.

Im September 2015 gab es in Polen eine Bürgerbefragung (Referendum), weil der damalige Staatspräsident Bronislaw Komorowski ein solches Referendum als ein Mittel ansah, seinen Präsidentschaftskampf zu stärken. Die drei Fragen des Referendums waren politisch nicht wichtig und es sind nur 7,8 Prozent der Wahlberechtigten an die Urnen gegangen.

Die grundsätzlich recht niedrige Wahlbeteiligung in Polen wird von den Politikern und Politologen unterschiedlich diskutiert. Zu den Parlamentswahlen geht in Polen nur eine Minderheit, weniger als 50 Prozent. Es ist eine Ausnahme, wenn es mal mehr als die Hälfte wählen geht. Etwas höher ist die Beteiligung bei den Präsidentschaftswahlen, ungefähr 60 Prozent. Bei den Lokalwahlen liegt sie niedriger – Wojewodschaften 45 Prozent, Kreisbehörden 30-40 Prozent und Gemeinden 30 Prozent und weniger. Zur Wahl zum Europäischen Parlament sind 23-24 Prozent gegangen.

Es gibt also eine große Nichtwählerschaft. Die Politiker und Politologen führen große Debatten darüber und stellen verschiedene Erklärungshypothesen auf, jeweils abhängig von ihrer politisch-ideologischen Herkunft und wissenschaftlichen Schule.

Die Ursachen für die große Abwesenheit sind aber eindeutig: Sie ist ein Resultat der großen Enttäuschung der Mehrheit der Bevölkerung (also insbesondere der Arbeiterklasse und der anderen Werktätigen) mit der Politik der Bourgeoisie und ihrer politischen Akteure, besser gesagt Marionetten, der großen Arbeitslosigkeit, der ökonomisch bedingten Migration insbesondere der jungen Generation und der tiefen Polarisierung innerhalb der polnischen Gesellschaft zwischen einer dünnen Schicht der (Finanz-)Oligarchen, der Groß- und Mittelbourgeoisie und der großen Mehrheit der Armen in Polen, die unterhalb eines akzeptablen biologischen und sozialen Niveau leben müssen. Es gab und gibt nämlich einen konsequenten Prozess der Enteignung und Verarmung der Arbeiterklasse, anderer Werktätiger und des Kleinbürgertums.

Der Kapitalismus in Polen befindet sich in einer neuen Phase der Akkumulation des Kapitals auf Kosten des alten und neuen polnischen Proletariats und des nationalen Volksvermögens, das noch aus der Zeit der Volksrepublik Polen stammt. Die Versicherungen von „Solidarnosc“ und der Verräter, Revisionisten und Reformisten in der PVAP über ein besseres Leben in einem „demokratischen und menschlichen Kapitalismus“ wirkten damals wie ein Nebel und haben sich inzwischen verflüchtigt. Das Leben für die Arbeiterklasse, insbesondere für die Millionen Arbeitslosen, Brotemigranten und die junge Generation hat sich radikal verschlechtert. Das ist die Grundlage der Enttäuschung und der großen Abwesenheit bei den Wahlen.

Die letzte Etappe dieses Wahlmarathons war die Wahl zum Sejm und zum Senat am 25.10.2015. Es wurden insgesamt 17 Wahllisten aufgestellt und für alle Wahlbezirke registriert. Die parteipolitische Bühne wird aber beherrscht von den beiden aus dem Solidarnosc-Lager geborenen bürgerlichen Parteien „PO“ und „PiS“. Eine gewisse politische Bedeutung haben neben diesen beiden auch die Linke („SLD“ und „Deine Bewegung von Palikot“), die Bauernpartei („PSL“) und neue politische Subjekte: die Bewegung „Kukiz‘15“, die „Moderne Partei“ und die neue Linke „Razem“ („Zusammen“), die sich als eine neue linke Sozialdemokratie bezeichnet.

Ganz neu ist die Bewegung „Kukiz‘15“ unter der Führung von Pavel Kukiz, ein neuer Mann in der polnischen Politik, ein alter Rockmusiker, der bei der Präsidentenwahl im Mai 3 Millionen Stimmen, damit 20 Prozent, erhielt und damit für eine große Überraschung sorgte. Sein Erfolg ist ein Zeichen dafür, dass die Unzufriedenheit wächst und es Wähler gibt, die einen radikalen Wechsel fordern und in starkem Widerspruch zum bisherigen politischen System stehen. Aber wen haben sie da gewählt? Kukiz vereinigte seine Sympathisanten und Wähler auf Rockbühnen und stellt sich dort als scharfer Kritik des Systems dar. Das Müsse verändert werden. Man brauche eine neue Verfassung. „Mein Herz schlägt links, aber ich bin gegen die Kommunisten und wir sollten alle Kämpfer ehren, die zur Zeit der Volksrepublik gegen die Kommunisten gekämpft haben.“ Er zieht gern T-Shirts mit dem Zeichen der polnischen Nazis an (NSZ-Nationale Wehrmacht, kollaborierend mit dem Hitlerfaschismus). Große Unterstützung erfährt er aus Kreisen der Jugend, vor allem der politisch wenig orientierten, oft arbeitslosen und mit dem Nationalismus sympathisierenden bzw. von dortigen Funktionären gesteuerten Jugendlichen. Es gibt werde ein Partei- noch ein Wahlprogramm. Seine Lieblingsworte sind: „Ich bin gegen das Sytem.“ „Das System muss verändert werden.“ In Wirklichkeit ist „Kukiz‘15“ eine nationalistische, autoritäre, sich an faschistischen Vorstellungen orientierende Gruppe, die man vergleichen kann mit der „Nationalen Demokratie“ in der 2. Polnischen Republik (1918-1939). „Kukiz‘15“ bekam bei der Parlamentswahl 43 Mandate und unterstützt jetzt die regierende PiS-Partei.

Die „Moderne Partei“ unter Führung von Ryszard Petru ist ebenfalls eine neue, erst vor etwa einem halben Jahr gegründete Gruppierung, die von den liberal orientierten Kreisen der Bourgeoisie und des Großkapitals gegründet wurde. Ihre programmatische Grundlage schuf der bekannte Professor Leszek Balcerowicz, ehemaliger Stellvertreter des Ministerpräsidenten und Finanzminister in der „ersten nichtkommunistischen polnischen Regierung“ von Tadeusz Mazowiecki direkt nach der Konterrevolution. Die „Moderne Partei“ wird unterstützt von den Großbanken, ausländischem Kapital und einem großen Teil der polnischen höheren Mittelklasse. Die Gründung dieser Partei war die Reaktion dieser Kräfte auf die Schwäche der Bürgerplattform (PO) und ihre drohende Wahlniederlage. Diese neue Partei des großen Kapitals wird auch von einflussreichen Medien unterstützt, allen voran von der Tageszeitung „Gazeta Wyborcza“.

Als nach der Wahl die PiS-Partei die Regierung stellte, haben diese „modernen“ kapitalistischen Kreise sofort öffentliche Demonstrationen inszeniert mit Losungen wie „Gegen Diktatur“ und „Für Demokratie“.

Die Gründung dieser neuen Partei des Großkapitals folgt früheren Mustern: Wir sind neu, wir sind nicht schuld an früheren Fehlern, die PO hat viele Fehler gemacht – und sie muss dafür bezahlen, aber wir fangen völlig neu an. Die Führungsgremien sind sehr gut ideologisch und politisch vorbereitet und sie haben viel Geld (wobei sie nicht offen legen, woher es kommt) und sie sind gut organisiert. Die Partei wurde als 4. Fraktion in den Sejm gewählt. Inzwischen baut sie territoriale Strukturen auf, nimmt in den Medien einen immer größeren Raum ein, ja wird zum Teil direkt von ihnen unterstützt und kämpft jetzt an zwei Fronten: gegen die PiS und gegen die PO.

Im rechten, faschistischen Spektrum gibt es die Partei „Korwin“, nach dem Namen ihres Führers Janusz Korwin Mikke benannt. Vorher war sie unter dem Namen „Polnische Rechte“ und „Union der Realpolitiker“ bekannt – super-neoliberal und dem Faschismus nahe stehend. „Korwin“ hat durch superradikale Losungen bei den frustrierten, arbeitslosen und perspektivlosen Jugendlichen einigen Anklang gefunden und vier Mandate für das Europaparlament gewonnen. Nach dieser Wahl erklärte Korwin: „Wir gehen nach Brüssel, um diesen Puff zu zerschlagen.“ In Polen aber blieb der Einfluss begrenzt, bei den Parlamentswahlen kam diese Partei nicht über die 5-Prozent-Hürde. Zum rechten Lager gehören noch einige rein nationalistische Parteien, aber sie sind schwach, sie haben zusammen weniger als 1 Prozent der Stimmen bekommen.

Die Kommunistische Partei Polens (KPP) hat keine eigene Liste aufgestellt, Ihre Mitglieder und Sympathisanten boykottierten die Wahl oder haben lokale linke Wahlbündnisse unterstützt. Die organisatorische Situation der Partei ist kritisch, weil seit zwei Jahren ein Strafverfahren gegen sie läuft mit dem Vorwurf der „Propagie-

„rung eines totalitären Staatsaufbaus“, was nach dem Artikel 256§1 des polnischen Strafgesetzbuches und Artikel 13 der polnischen Verfassung ein Verbrechen ist.

Die bürgerlich/kleinbürgerliche Linke stellt sich in drei hauptsächlichen Organisationen dar: dem „Bündnis der demokratischen Linken“ (SDL), etwas später dann in der Partei „Deine Bewegung“ (Twój Ruch) unter Leitung von Janusz Palikot und in der letzten Zeit auch in der neuen sozialdemokratischen Partei: „Razem“ (Zusammen). Daneben gibt es auch Grüne, eine Arbeitsunion, die Sozialdemokraten der Republik Polen, die Polnische Arbeitspartei, die aber alle keine reale Kraft und keinen Einfluss auf die Massen haben und sich an die SDL oder die Palikot-Bewegung anlehnen. Alle diese Parteien haben eine große Wahlniederlage erlebt und haben erstmals seit 27 Jahren keine Sitze im Parlament. Der Revisionismus, der Opportunismus und der Verrat an den Interessen der Arbeiterklasse, die Pate standen bei der Geburt der SLD, haben zu diesen bitteren Ergebnissen geführt. Die SLD ist nämlich unter der Leitung von Aleksander Kwasniewski (ehemaliger Staatspräsident) und Mark Borowski (ehemaliger Parlamentspräsident) entstanden, Beide stammen aus dem früheren sozialdemokratischen Flügel der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei (PVAP). Beide waren früher Mitglieder des ZK und des Politbüros der PVAP. Nach dem Sieg der Konterrevolution erklärten sie einen „demokratischen und menschlichen Kapitalismus“ zum Ziel der Partei. In Polen ist aber der ganz normale, brutale Kapitalismus entstanden – was auch sonst? Die Mehrheit der früheren Anhänger der SDL kehrte dieser nun den Rücken.

Die Parlamentswahlen waren ein Anlass für einen genauen Überblick über den Stand der polnischen Bevölkerung. Schon seit Jahren geht die Zahl der polnischen Staatsbürger zurück. Zur Zeit der Konterrevolution lebten 40 Millionen Menschen in Polen, zwei Jahre später waren es noch 38,5 Millionen. Die Ursachen dafür sind einerseits die sinkende Geburtenrate und andererseits die hohe Rate der sozial-ökonomischen Emigration. Millionen von Polen sind betroffen von chronischer Arbeitslosigkeit (wobei die tatsächlichen Zahlen weit höher liegen als die offiziellen, weil mit den Statistiken „getrickst“ wird), Elend, Armut und Obdachlosigkeit. Wenn der Winter kommt und der Frost Einzug hält, erfrieren Hunderte Obdachlose und die Behörden und die Hilfsorganisationen sind „machtlos“. Millionen suchen ein besseres Auskommen in England, Irland, den skandinavischen Ländern und Deutschland. Die demographischen Prognosen sind pessimistisch: weitere Verringerung der Bevölkerung bei gleichzeitiger Überalterung. Dieser Niedergang steht in schroffem Widerspruch zu den Großmachtsträumen, die von den polnischen Nationalisten verbreitet werden, wie z.B. „Zurück zum Polen der Jagiellonen-Dynastie vom 15.-17. Jahrhundert“ oder „Das Polen der drei Seen – Ostsee, Adria und Schwarzes Meer“.

Die staatliche Wahlkommission hat festgestellt, dass das polnische Elektorat am 25. Oktober 2015 30.625.150 Staatsbürger (auch mit Auslandspolen) gezählt hat, aber zu den Wahlurnen sind nur 15.563.000 (50,92%) gekommen, 49,8% der Polen sind nicht zur Wahl gegangen. Die PiS-Partei erhielt 5.711.000 Stimmen (37,58% der abgegebenen Stimmen, was heißt, dass sie nur rund 19% der Stimmen aller Wahlberechtigten bekam), was der Partei 235 Mandate einbrachte. Das polnische Parlament, der Sejm, zählt 460 Sitze, also hat die PiS damit die absolute Mehrheit der Sitze erhalten (50% + 5 Sitze). Die PO, die „Bürgerplattform“, bekam 3.661.000 Stimmen (24,09% der abgegebenen Stimmen, d.h. rund 12,1% der Wahlberechtigten) und 138 Mandate. „Kukiz’15“ erhielt 1.339.000 Stimmen (8,8% der abgegebenen Stimmen, d.h. rund 4,5% der Wahlberechtigten) und 42 Mandate, die „Moderne Partei“ kam auf 1.147.000 Stimmen (7,7% der abgegebenen Stimmen, d.h. rund 3,9% der Wahlberechtigten) und 28 Mandate, die „Polnische Bauernpartei“ erhielt 778.000 Stimmen (5,13% der abgegebenen Stimmen, d.h. rund 2,6% der Wahlberechtigten) und 16 Mandate. Die „Deutsche Minderheit“ erhielt 27.500 Stimmen (0,18% der abgegebenen Stimmen, d.h. rund 0,1% der Wahlberechtigten) und 1 Mandat wegen der Präferenzliste der Minderheit. Alle anderen Bewerber scheiterten an der Sperrklausel und haben dementsprechend keine Mandate bekommen. Ihre Stimmen stärken nach der d’Hondtmethode die Siegerparteien.

Bei der Senatswahl bekamen die beiden großen Parteien verhältnismäßig gerechnet wesentlich mehr Mandate, weil dort das Mehrheitswahlrecht angewandt wird. Die PiS hat 61 Mandate erreicht (61%), die PO 34 Mandate (34%), die Bauernpartei 1 Mandat und 4 Mandate bekamen die „Unabhängigen“, die aber von der Liste der PO aus gestartet sind, d.h. die PO bekam in Wirklichkeit 38 Mandate.

Die Hauptursachen für die Niederlage der zentristisch-liberalen bürgerlichen Parteien war die politische Abnutzung, die Demoralisierung der Macht, die nach acht Regierungsjahren wachsende wirtschaftliche Krise, die Korruption, zahlreiche kriminelle Affären, Abhörskandale, die hohe Arbeitslosenquote, die große Emigration, die wachsenden Lebenshaltungskosten und das Verschleppen der Aufklärung der Flugzeugkatastrophe von Smolensk. Ein Nagel zum PO-Sarg war außerdem die Krise in den Verhältnissen zu Russland und zur Ukraine. Das europäische Embargo und die Handelsrestriktionen gegen Russland haben die polnische Landwirtschaft schwer getroffen und den Export nach Russland fast zum Erliegen gebracht. Die polnischen Bauern und andere Kleinproduzenten haben Millionen Zl. Und ihre alten Absatzmärkte verloren. Seit Jahren wuchs die Unzufriedenheit mit der Leitung der Bauernpartei, die seit 10 Jahren in einem Parteienbündnis mit der PO ist.

Die Verhältnisse in Polen haben sich gravierend verschlechtert: Die polnische Industrie, vor allem der Maschinenbau, die chemische Industrie, die Bau- und Textilindust-

rie wurden so gut wie liquidiert. Die Mehrheit der dort beschäftigten Arbeiter wurde entlassen und vergrößerte entweder das Heer der Arbeitslosen oder die Zahl der Frührentner. Sie leben an der Grenze des biologischen und sozialen Niveaus, und sie bilden zusammen mit den Beziehern sehr kleiner Einkommen mehr als die Hälfte der polnischen Bevölkerung.

Ideologisch und teilweise auch politisch befinden sich diese großen sozialen Gruppen unter dem Einfluss der katholischen Kirche, teilweise dem der reaktionären Gewerkschaft „Solidarnosc“ oder der rechtssozialdemokratischen OPZZ-Gewerkschaftszentrale, die nach 1989 auch einen „menschlichen Kapitalismus“ versprach. Die junge Generation sucht auf eigenen Faust eine Rettung im Ausland, sie sind skeptisch ihren Vätern von der „Solidarnosc“ gegenüber und bleiben den Wahlen fern. Viele junge Leute rebellieren bzw. randalieren auf den Straßen und in den Sportstadien. Sie werden meistens von Nationalisten, Krypto- oder offenen Faschisten, wie z.B. den Parteien „Korwin“ und „Kukiz“ und teilweise von „Recht und Gerechtigkeit“ organisiert. Letztere hat recht raffiniert Teile des Wahlprogramms der Linkspartei adaptiert und sie so geschwächt, denn mindestens eine Million neue Wähler aus dem linken Milieu kamen so zu „Recht und Gerechtigkeit“.

Die Gründe für die Grausamkeiten des Kapitalismus werden von den meisten frustrierten Polen nicht im Wirtschaftssystem selbst erkannt, sondern den liberalen bürgerlichen Parteien angelastet, allen voran der PO.

Dabei unterscheidet sich der Hauptgewinner der Wahl, die PiS-Partei, strategisch kaum von der PO. Beide Parteien sind aus der antikommunistischen „Solidarnosc“ hervorgegangen und haben zu Beginn der 3. Republik, nach 1989, eng zusammengearbeitet.

Die Spaltung entstand später, und zwar im Machtkampf um die Vermögensprivilegien. Dabei wurden alle versprochenen ethischen Werte und sozialen Losungen vergessen und gebrochen. Der Kampf entbrannte einerseits um das Beherrschen des Staatsapparates (wozu überkommene Macht- und vor allem Selbstverwaltungsorgane zerstört werden mussten) und andererseits und vor allem um die Privatisierung der gigantischen Vermögen der polnischen Volksrepublik. Das wurde zu „symbolischen Zloty“ an neue Herren verkauft, also in Wirklichkeit geraubt. Im Resultat entstand in Polen eine besondere Art der neuen Besitzer: Lumpenbourgeoisie, neue Milliardäre, Millionäre, Oligarchen, die ihr Vermögen natürlich nicht in Zloty, sondern in Dollars und Euros zählen. Daneben entstand zunächst auch ein recht breiter Mittelstand, eine neue „Middle Class“, das Kleinbürgertum, das aber besonders in der jüngeren Vergangenheit vom ausländischen Großkapital begrenzt, niedergemacht und dezimiert wird. So wächst gleichzeitig das neue Lumpenproletariat. Und es entstand ein neues Proletariat, völlig anders als das Proletariat, das in der Volksrepublik Polen die Macht

ausübte: heute sind es zerstückelte Arbeitsplätze, prekäre Arbeitsverhältnisse, Leiharbeit, „working poor“, und ein sich weiter vergrößerndes Heer von Arbeitslosen mit hohen Zahlen auch auf dem Lande. 2,5 Millionen sind emigriert.

Die polnische Lumpenbourgeoisie ist schwach und natürlich ohne kapitalistische Tradition. Sie entstand 1989 aus den früheren Kleinkapitalisten der Volksrepublik Polen und sie hatte kleinbürgerlichen Charakter.

Anders dagegen muss man einen zweiten Flügel der Lumpenbourgeoisie charakterisieren: das sind ehemalige Angehörige der wirtschaftlichen Nomenklatura, der Bevölkerungsschichten, die in der Volksrepublik Polen leitende wirtschaftliche Funktionen innehatten.

Der Hauptgewinner in Polen aber war das ausländische Großkapital, das den Löwenanteil am industriellen Vermögen Polens für billiges Geld übernahm und dann die Betriebe stilllegte, demontierte und liquidierte, denn diese Betriebe wären eine unerwünschte Konkurrenz gewesen. Vom ausländischen Großkapital wurde Polen als ein riesiger Markt für die eigenen Produkte und als ein Reservoir billiger Arbeitskräfte betrachtet. So wurden im besten Fall einige Betriebe als Montagefirmen von ausländischen Großkonzernen umgestaltet, z.B. Volkswagen und Bosch. Der polnische Wirtschaftsraum wurde unter den Konzernen aus Deutschland, Italien, den USA und Frankreich aufgeteilt. Ähnlich ist es mit den Finanzen. 85 % der polnischen Finanzen sind unter Kontrolle von Westbanken. Jedes Jahr führen Westfirmen 30 – 40 Milliarden US-Dollar aus Polen aus.

Im Wahlkampf hat die PiS versprochen, das zu stoppen. Wie soll das bei Wahrung der Eigentumsverhältnisse möglich sein?

In der Folge dieser neuen „Aufteilung Polens“ hat sich eine weitere Fraktion der herrschenden Klasse entwickelt – sie sind nur vom Namen Bourgeoisie, tatsächlich sind sie neue Kompradoren, Diener und Lakaien des ausländischen Großkapitals, die wie in den früheren Kolonien gut finanziert und bezahlt werden und im Namen der fremden Herren die Wirtschaft führen. Politisch ist diese Klasse eng mit PO und ihren früheren Parteien verbunden, ja mit ihnen aufgewachsen. Die Partei ist ein starker Anhänger der Zusammenarbeit mit dem internationalen Kapital, insbesondere mit der Europäischen Union, der Europäischen Zentralbank, dem Internationalen Währungsfonds und der Internationalen Weltbank. Militärische Unterstützung bekam diese Klasse von der ausländischen Politik, also den USA, den europäischen Großmächten, insbesondere Deutschland und durch die 1999 erfolgte Aufnahme in die NATO.

Dieses politische Lager wurde auch von der Linken und von der Bauernpartei unterstützt, die beide offensichtlich die Klasseninteressen der Arbeiter und der Bauern komplett vergessen haben.

Zurück zur PiS-Partei „Recht und Gerechtigkeit“. Hier versammelt sich der oben erstgenannte Teil der polnischen Lumpenbourgeoisie, der nationale Flügel. Er ist schwächer als das ausländische Kapital, oft sind es mittlere und Kleinkapitalisten, die im Rahmen der globalisierten Wirtschaftsprozesse von den ausländischen Großkonzernen in ihrer Existenz bedroht werden. Es handelt sich um abertausende mittlere und kleine Betrieben in den lokalen Industrien und für Leistungen auf dem Lande. Nach der ersten Etappe der europäischen Euphorie sind sie inzwischen skeptisch gegenüber der EU, sie brauchen das Unterstützen und das Verteidigen des eigenen Staates, betrachten die offenen Grenzen als einen Nachteil für ihre eigenen Wirtschaftsinteressen, fordern eine Lockerung der Handelsbeschränkungen mit Russland usw. Diese Hoffnungen und dieses Verhalten unterstützt vor allem die katholische Kirche. Diese zum Teil widersprüchlichen Interessen waren die Hauptursache für den PiS-Sieg und die PO-Niederlage bei den Parlamentswahlen.

Die PiS-Partei hat im Wahlkampf den unterschiedlichsten sozial-ökonomischen Gruppen die unterschiedlichsten Versprechen gemacht, so z.B. 500 Zloty für jedes Kind, Steigerung der Sozialunterstützung, ein besseres Leben für arme Familien, billigere Wohnungen, Abbau der Arbeitslosigkeit, Senkung des Pensionsalters für Männer von 67 Jahren auf 65 Jahre, für Frauen von 67 Jahren auf 60 Jahre und vieles andere mehr. Die Realisierung dieser Versprechen würde Hundert Milliarden Zloty kosten, aber die Staatskasse ist leer. Man müsste also das Staatsdefizit erhöhen, aber das darf 3% des BIP nicht übersteigen, man kann neue Steuer einführen, z.B. für Großbanken, große Supermarktketten, aber die Experten sagen, dass das höchstens 10 Millionen Zloty bringe würde. Die Versprechen sind – wie immer im Kapitalismus – unrealisierbar.

Das ausländische Großkapital hat sich umgehend dagegen ausgesprochen und droht mit Abwanderung, die Massenmedien, die sich auch in der Hand ausländischen Kapitals befinden, sind ebenfalls dagegen und überziehen die Bevölkerung jeden Tag mit einer Gehirnwäsche. Die bürgerlichen Oppositionsparteien (PO und Verbündete) wie auch andere Oppositionelle organisieren jede zweite Woche Demonstrationen auf der Straße. Das fing bereits wenige Wochen nach der Wahl an, als sie mehrere Tausend Menschen in Warschau und in 18 anderen großen Städten Polens auf die Straßen brachten mit Parolen wie „gegen die Feinde der Demokratie“ und gegen „die neue Diktatur“. Die PiS-Partei hat mit großen Gegendemonstrationen geantwortet. In Polen wächst die politische Spannung, die auch von ausländischer Seite geschürt wird.

Die PiS-Partei will den Weg gehen, den Viktor Orbán in Ungarn geht, dessen Regime als autoritär, kryptofaschistisch oder sogar offen faschistisch bezeichnet wird. Wirtschaftlich ist die Orbán-Regierung allerdings super-liberal, im politischen System aber hat die Partei eine konstitutionelle Mehrheit. Eine solche hat die PiS nicht, sie

hat zwar eine Mehrheit von 5 Stimmen, aber keine 67 %, die notwendig wären, um die Verfassung zu verändern.

Jaroslav Kaczynski und die PiS setzen auf eine weitere Demoralisierung der PO, nicht nur auf ihre Schwächung, sondern vor allem auf eine Zersplitterung und die Übernahme des konservativ-katholischen Flügels der Partei. Die PO ist gespalten in mehrere Fraktionen. Die Partei befindet sich seit mehr als drei Monaten in einer Führungskrise und verliert laufend an Unterstützung durch ihre Wähler. An die erste Stelle der bürgerlichen Oppositionsparteien ist inzwischen die „Moderne Partei“ (neue Liberale) gerückt. Es besteht eine günstige politische Situation für die PiS.

Die PiS zählt auf die Stimmen der „Kukiz‘15“-Bewegung, die die dritte Kraft im Sejm ist, insbesondere auf die Nationalisten (10 Sitze), Kryptofaschisten und Gegner der gegenwärtigen Verfassung. Es ist eine antikonstitutionell geprägte, nationalistische, antikommunistisch orientierte Bewegung, die gern eine Zusammenarbeit mit der PiS aufnimmt. Das ist der Anfang von „Weiß-Rot“ (Farben der polnischen Flagge), einer inoffiziellen Koalition, die von J. Kaczynski nach dem Wahlsieg zur Grundlage einer neuen Verfassungsmehrheit erklärt wurde.

Die PiS erodiert zusätzlich die Polnische Bauernpartei (PSL), die als Restpartei (16 Sitze im Sejm) konsequent von der PiS eingekreist wird. Sie hat stark an Einfluss und Wählerstimmen verglichen mit früheren Zeiten verloren, schaffte es nur mit Mühe, die 5-Prozent-Hürde zu überspringen und befindet sich in einer großen ideologischen und Identitätskrise. Die Absicht der früheren Führung der Partei, von der Bindung an das ländliche Milieu abzugehen und eine „christliche allpolnische Partei“ zu werden, ist fallen gelassen worden. Der neue Parteiführer, Dr. Wladyslaw Kosiniak-Kamysz (ehemaliger Arbeits- und Sozialminister) kommt aus einer alten Intellektuellenfamilie aus Krakau. Das ursprüngliche Bündnis mit dem Landleben, mit dem Bauernmilieu ist nur noch schwach ausgeprägt. Die Wähler aus den ländlichen Regionen suchen andere, aktivere Subjekte, die meisten aber stehen strak unter dem Einfluss der katholischen Kirche und bleiben passiv.

Die PiS-Partei versucht ihren Einfluss zu verstärken, indem sie die Möglichkeit erwägt, die Lokalwahlen von vor zwei Jahren, in denen Linke und PO noch starke Ergebnisse erzielten und wonach die Wojwodschaften liberale und linke Koalitionsregierungen haben, für ungültig zu erklären, die Wahlperiode zu verkürzen und Neuwahlen durchzuführen.

Die aktuelle politische Offensive der PiS aber richtet sich gegen den Verfassungsgerichtshof, für den die Mehrheit der Richter (9) von der früheren PO-PiS-Koalitionsregierung berufen worden waren und nur drei von der PiS. Am Ende der PO-PiS-Koalitionsregierung hat die damalige Parlamentsmehrheit noch fünf neue

Richter bestimmt, was als ein freches Zeichen der PO-Arroganz hingestellt wird und nun von der PiS benutzt wird, um die PO zu diskreditieren. Die PiS erkennt die Besetzung dieser fünf Richterstellen nicht an und hat nun eigene neue Richter bestimmt. Das Resultat ist, dass es Streit und eine Patt-Situation gibt, der Verfassungsgerichtshof ist paralysiert und blockiert. Polen befindet sich in einer konstitutionellen Krise. Die PiS strebt einen gehorsamen, politisch untergeordneten Verfassungsgerichtshof an, um radikale, system-politische Gesetze einführen zu können.

Die PiS will die eigene Position auch gegenüber dem Generalstaatsanwalt stärken, sie hat einen Gesetzentwurf vorgelegt, wonach dieser dem Justizminister untergeordnet werden soll. Bisher war der Generalstaatsanwalt unabhängig, wurde von der Mehrheit des Sejm ausgewählt und vom Staatspräsidenten ernannt. Als offizielle Begründung für die geplante Änderung wird die Möglichkeit ins Feld geführt, dann die Korruption effektiver bekämpfen zu können. Der neue Justizminister verspricht nämlich neue gesetzliche Maßnahmen zur schnellen Bekämpfung von Kriminalität und Korruption, was ihm im Volk gewisse Sympathien einbringt. Die Opposition ist selbstverständlich gegen diese Pläne, weil sie einen unkontrollierten Machtzuwachs der Regierung befürchtet.

Flankierend hat die PiS ein neues Mediengesetz beschlossen. Es geht um das Auswechseln der früheren Leitungen von Fernsehen und Rundfunk, die mit der alten PO-Partei verbunden waren. „Die öffentlichen Medien“, erklärte der Abgeordnete Pawlowicz, „müssen der Regierung dienen.“

Im Resultat dieser „Reformen“ wächst in Polen der Kampf zwischen den beiden Flügeln der Bourgeoisie, der vom Ausland verstärkt wird. Die Liberalen finden Unterstützung durch die Gremien der EU, z.B. des Vorsitzenden des Europäischen Parlamentes, Schulz, der Europäischen Kommission, auch des Europa-Rates. Sie kämpfen nicht nur im Parlament, sondern auch auf der Straße mit Parolen wie „Kampf gegen die Diktatur, für Demokratie“ usw. Die Gegenseite antwortet: „Wir sind auch Demokraten, wir verteidigen die parlamentarische Demokratie und wir sind durch das Volk legitimiert. Unsere Gegner sind Anarchisten, die die demokratischen Entscheidungen nicht anerkennen wollen.“

Die PiS-Partei bekam breite Unterstützung von der katholischen Kirche und ihrer Hierarchie, vor allem von dem „Medienbischoff“ aus Toruń, Tadeusz Rydzyk.

Für die Kommunisten und insgesamt für die Linke ist eine schwierige Situation entstanden. Seit zwei Jahren ist ein Staatsanwalts- und Polizeiverfahren zwecks Verbotes der Kommunistischen Partei Polens als „einer Partei, die das Zeichen des Verbrechens der Propagierung eines totalitären Staatsaufbaus“ erfüllt. Wenn die PiS die uneingeschränkte Staatsmacht an sich reißt und die bürgerliche Gewaltenteilung außer

Kraft setzt, kann erwartet werden, dass das Verbot der Kommunistischen Partei sehr bald ausgesprochen wird. Die polnischen Kommunisten müssen sich darauf vorbereiten, dass ihre Partei außerhalb des Rechts gestellt wird und sie zur illegalen Aktivität übergehen müssen. Das ist die reale Bedrohung – und es muss politische Unterstützung und Solidarität für die polnischen Kommunisten sowohl aus dem linken Milieu in Polen als auch aus dem Ausland geben.

Die Sozialdemokratie befindet sich ebenso in einer schwierigen Situation. Die alte sozialdemokratische Partei (SLD-Die Linke) ist seit drei Monaten ohne gewählten Parteivorsitzenden. Leszek Miller ist zurückgetreten, aber die Partei konnte sich bisher auf keinen neuen Vorsitzenden einigen. Sein Konkurrent von der zweiten Linken – „Deine Bewegung“, Janusz Palikot, ist zum Business zurückgekehrt, und seit einigen Monaten gibt es eine neue linke sozialdemokratische Strömung unter der Führung jüngerer Kader, z.B. Barbara Nowacka. Und es ist eine weitere sozialdemokratische Partei entstanden: Razem (Zusammen), unter Leitung von Adrian Zandberg. Sie bekam bei der Parlamentswahl 4 % der Stimmen. Alle diese Gruppierungen benutzen keine oder wenige marxistische Begriffe, Werte oder gar Ziele, ihre Politik ist schwankend. Sie sind keine Interessenvertreter der Arbeiterklasse, sondern mehr Repräsentanten der Middle Class.

Die politische Situation in Polen bleibt instabil, aber die PiS und die rechten Kräfte verstärken ihre Position. Man kann erwarten, dass in den kommenden vier Jahren von diesen Kräften, den Nationalisten, Kryptofaschisten und der katholischen Kirche ein verstärkter Druck ausgehen wird. In der Wirtschaft wird es eine Verstärkung der neoliberalen Mechanismen geben, für die „nationalen“ kleinen und mittleren Betriebe ein spektakuläres staatliches Hilfsprogramm, wobei schwierig einzuschätzen ist, wie lange dies anhalten wird, denn die EU begrenzt solche Hilfen. Gleichzeitig wird es eine „Cohabitation“ mit dem ausländischen Großkapital geben, das beweist die Postgenbesetzung des Finanz- und des Wirtschaftsministeriums, insbesondere des Ministeriums für Wirtschaftsentwicklung, dort ist M. Morawiecki Minister, vorher war er Präsident der größten polnischen Bank, die zur spanischen Finanzgruppe Santander gehört. Der neue Finanzminister P. Szalamacha, war vorher Aktivist der superwirtschaftsliberalen und faschistoiden „Union der Realen Politik“ von Janusz Korwin Mikke. Beide werden starke Brücken zu den Interessen des ausländischen Großkapitals schlagen. D.h., dass die Hauptrichtung der Wirtschaftspolitik fortgesetzt wird und dass es weiterhin um die „Verteidigung des heiligen Privateigentums“ geht.

Die neue Regierung gibt derweil vor, sich um die Sorgen der armen Leute kümmern zu wollen, um die Belange der kinderreichen Familien, sie verspricht sozialen Wohnungsbau für junge Familien, eine Herabsetzung des Pensionsalters, Subventionen für Medikamente und viele andere soziale Erleichterungen. Das würde nicht zehn, son-

dem hundert Milliarden Zloty kosten, was bedeutet, dass das Staatsbudget für Soziales verdoppelt werden müsste. Die Staatskasse aber ist leer. Es ist deshalb zu erwarten, dass es gemäß einer alten römischen Losung zugehen wird: Panem et circensis (Brot und Spiele). Und bei der Regierung von Kaczynski und seiner PiS-Partei werden weniger das Brot, sondern mehr die Spiele im Vordergrund stehen - statt sozialer Maßnahmen.

Es gibt ja nicht nur die Verbotsdrohung gegen die Kommunistische Partei Polens, es gibt auch Repression gegen die anderen linken Kräfte, Begrenzungen der liberalen Bürgerfreiheiten und Bürgerrechte, es wird neue Schauprozesse geben, eine Verschärfung der reaktionären Diktatur. Das sind reale Bedrohungen und diese wachsen nicht nur in Polen.

In der Ukraine ist die Kommunistische Partei der Ukraine verboten worden, in Deutschland erhaben die Faschisten ihr Haupt, in Frankreich erstarkt der „Front National“, in Österreich ist es ähnlich usw. In der Ukraine haben Faschisten, Banderisten, Kryptofaschisten vor zwei Jahren gesiegt und sie haben das Land mit dem Feuer des Bürgerkrieges überzogen. Die KPU ist gesetzlich verboten und ihr Vorsitzender, Anatolij Majewskij, sitzt im Kerker. Diese Kräfte werden offiziell unterstützt von „demokratischen“ europäischen und us-amerikanischen Kräften, Parteien und Regierungen, unter anderem auch von allen bürgerlichen Parteien Polens.

Diese faschistische Welle in Europa kommt nicht zufällig. Die liberale bürgerliche Demokratie wird gezielt geschwächt, damit die Bourgeoisie, vor allem ihre großfinanziellen Kreise, die Macht behalten angesichts von wachsenden wirtschaftlichen Krisen und wachsendem Widerstand der Arbeiterklasse und anderer Werktätiger, der in den unterschiedlichen Ländern natürlich unterschiedlich stark ausgeprägt ist. Der Klassenkampf verschärft sich.

Unsere Epoche wird oft gekennzeichnet als Globalisierung. Es gibt eine für uns interessante Entwicklung: die Rolle der Wissenschaft für die Produktion. Hier entstehen neue Schichten des Proletariats, des Prekariats, der hochqualifizierten Leiharbeiter, der Leistungsarbeiter, der jungen Generation. Diese sozialen Schichten innerhalb der Arbeiterklasse müssen die kommunistischen Parteien erreichen und sie organisieren für den Kampf gegen den Kapitalismus und für den Sozialismus. Das ist auch eine wichtige Aufgabe der Kommunistischen Partei Polens.

Der Klassenkampf geht weiter.

Z.W., 12. Januar 2016

Italien

Gerhard Feldbauer: Vor 30 Jahren begannen die Maxi-Prozesse gegen die Mafia

Der selbst der Komplizenschaft mit der Verbrecherorganisation verdächtige Berlusconi stoppte die Verfahren.

Die römische *La Repubblica* berichtete am 10. Februar 2016, dass ein Spezialkommando der Carabinieri auf Sizilien und in Catania, aber auch landesweit 109 Mitglieder des berüchtigten Mafia-Clans Laudini der Cosa Nostra verhaftete. Sie wurden zahlreicher Morde und Attentate, des Drogenschmuggels, Waffenhandels, der Erpressung von Unternehmern beschuldigt. Der Zeitpunkt war nicht zufällig. Das linksliberale Blatt wollte daran erinnern, dass vor 30 Jahren genau an diesem Tag eine Serie von Verfahren gegen die Verbrecherorganisation begann, die als Maxi- oder auch Mammutprozesse in die Geschichte eingingen. Auch die Wurzeln des Laudini-Clans reichen, so hob *La Repubblica* hervor, in diese Zeit zurück. Angeklagt wurden damals 474 Mafiosi, davon 119 in Abwesenheit, da sie sich noch nicht in den Händen der Justiz befanden. Sie wurden der Mitgliedschaft bzw. Bildung einer kriminellen Vereinigung, der Begehung von 120 Morden, des Drogenhandels und der Schutzgelderpressung beschuldigt. Zur Spitze zahlreicher angeklagter Mafia-Bosse gehörten drei Mitglieder des bekannten Corleoneser Clans, während die Chefs Salvatore Riina und Bernardo Provenzano noch flüchtig waren. Um Anschläge der Mafia zu verhindern fanden die Verhandlungen in einem dazu in der Nähe des Gefängnisses Ucciardone errichteten massiven Bunker aus Stahlbeton statt, der extra noch mit Stacheldraht eingesäumt, mit Panzern, Alarmanlagen und Überwachungskameras abgesichert war. Die Angeklagten saßen in Gemeinschaftskäfigen. Die Verhandlungen wurden landesweit im Fernsehen übertragen. In den Prozessen wurden Hunderte Mitglieder der Cosa Nostra zu langjährigen Haftstrafen verurteilt.

Angeklagt der siebenmalige Ministerpräsident Andreotti

Zu einem Höhepunkt der Mafia-Prozesse wurde das am 27. März 1993 eröffnete Verfahren gegen den siebenmaligen Ministerpräsidenten der Democrazia Cristiana (DC) Giulio Andreotti, der in Palermo der Komplizenschaft mit der Mafia angeklagt wurde. Die Anklage, deren Verlesung 33 Stunden dauerte, stützt sich auf die Aussagen zahlreicher geständiger Mafiosi, die rund 650.000 Aktenseiten umfassten. Während des Verfahrens wurden über 200 Zeugen verhört. Ans Licht kam, dass die Mafia der DC auf Sizilien Wählerstimmen sicherte, wofür angeklagten Mafiosi Straffreiheit garantiert wurde. Beschuldigt wurde der von Andreotti in dieses Amt gehievte Richter

des Kassationsgerichts Corrado Carnevale, der in Hunderten Verfahren angeklagte Mafia-Mitglieder und auch mit ihnen liierte Faschisten freisprach oder ihre Urteile annullierte, was ihm den Beinamen „Urteilskiller“ einbrachte. Bekannt wurde die Rolle Andreottis, den die Zeitschrift *Europeo* schon am 15. Oktober 1983 als den eigentlichen Chef der faschistischen Putschloge P2 entlarvt hatte. In einem zweiten Prozess wurde er dazu der Anstiftung zum Mord an dem Journalisten Mino Pecorelli angeklagt. Dieser hatte in seinem Magazin *Osservatore Politico* Andreottis Rolle bei der Ermordung des DC-Führers Aldo Moros, der ein Regierungsbündnis mit den Kommunisten (IKP) geschlossen hatte, angekündigt und war deshalb im März 1979 von Mafia-Killern erschossen worden. Der Mafia-Boss Tommaso Buscetta und weitere Mafiosi sagten aus, dass Andreotti zu dem Mord angestiftet hatte. Die Verfahren gegen Andreotti gingen 1999 mit der Verkündung der Urteile zu Ende. In Perugia wurde er freigesprochen. In Palermo, wo die Staatsanwaltschaft 15 Jahre beantragt hatte, gelang ein Freispruch nur „wegen Mangels an Beweisen“. Die Urteile wurden unter einer üblen Hetzkampagne des faschistoiden Premiers und Chefs der Forza Italia (FI), Berlusconi, gegen die Staatsanwaltschaft in Revisionsverfahren bestätigt.

Mit Ermordung vieler Richter wollte die Mafia die Prozesse stoppen

Den Boden für diese Prozesse hatten zahlreiche mutige Richter und Ermittler bereitet, von denen viele dafür von der Mafia umgebracht wurden: Im Juli 1979 der stellvertretende Polizeichef von Palermo Boris Giuliano, im April 1982 der IKP-Parlamentarier und Mitglied der Anti-Mafia-Kommission Pio La Torre, der im Parlament das nach ihm benannte „Legge la Torre“ durchgesetzt hatte, nach dem erstmals die Mitgliedschaft in der Mafia als Strafbestand definiert wurde, im September 1982 der Anti-Mafia-Präfekt von Palermo, General Alberto Dalla Chiesa. Sie alle waren der Rolle Andreottis auf der Spur, darunter auch der Untersuchungsrichter Giovanni Falcone, der im Mai 1992 mit seiner Frau und drei Leibwächtern ermordet wurde. Ihm war es besonders gelungen, das Geflecht von Mafia und DC, Politik und Geheimdiensten mit der Nato-Truppe Gladio und den Faschisten aufzudecken. Falcone hatte auch die 8.607 Seiten umfassende Anklageschrift zur Eröffnung der Maxi-Prozesse erarbeitet und verlesen.

26 Jahre Haft für Ex-Premier und Sozialistenchef Craxi

Einen nochmaligen Aufschwung erhielt das Vorgehen gegen die Verflechtung der DC und des von ihr beherrschten Staatsapparates mit der Mafia, der Putschloge P2 bis hin zum Vatikan durch die 1992 einsetzenden Ermittlungen der Mani pulite (saubere Hände) genannten Mailänder Staatsanwaltschaft unter Leitung der Untersuchungsrichter Antonio Di Pietro und Saverie Borrelli. Die Ermittlungen erfassten etwa 6.000 Politiker, darunter ein Drittel der 945 Senatoren und Abgeordneten, ehemalige und im Amt befindliche Minister, unzählige Bürgermeister, Stadt- und Provinzräte. Anfang

1993 saßen 1.356 Staats- und Parteifunktionäre sowie Wirtschaftsmanager in Haft. Das Turiner Einaudi-Institut errechnete die Summe von jährlich zehn Milliarden Dollar an sie gezahlter Schmiergelder. Bettino Craxi, Ex-Premier und Chef der Sozialistischen Partei (ISP), wurde zu insgesamt 26 Jahre Haft verurteilt. Er konnte nach Tunesien fliehen, wo er im Januar 2000 verstarb.

Einer der führenden Köpfe in diesem Korruptionssumpf war der zum Dreierdirektorium der P2 gehörende Chef der faschistoiden Forzapartei (FI) Silvio Berlusconi, der im April 1994 im Bündnis mit den MSI-Faschisten und den Rassisten der Lega Nord die Parlamentswahlen gewann und Ministerpräsident wurde. Eine entscheidende Basis seines Wahlsieges war sein Medienimperium mit Fernsehmonopol, das die P2 finanziert hatte. Obwohl er zu dieser Zeit als „Saubermann“ demagogisch gegen die Bestechungspraxis auftrat, wurde er später in insgesamt 13 Verfahren der gleichen Praktiken wie der Geldwäsche, des illegalen Waffenhandels, der Führung von Tarnfirmen, des illegalen Kapitaltransfers angeklagt und zu über zehn Jahren Freiheitsstrafe und zehn Millionen DM Geldstrafe verurteilt, deren Aufhebung seine Anwälte bereits vor seiner Berufung ins Amt teilweise durchgesetzt hatten.

Berlusconi würgte 5.000 Verfahren ab

Bereits nach seinem ersten Amtsantritt 1994 würgte Berlusconi, um sich selbst aus der Schusslinie zu bringen, Ermittlungen und laufenden Verfahren generell ab. Nach seinem zweiten Amtsantritt im Juni 2001 erließ er Regierungsdekrete mit denen fünf gegen ihn noch laufende Strafverfahren bzw. Urteile der ersten Instanz eingestellt oder kassiert wurden. Rund 5.000 eingestellte Verfahren betrafen Hunderte Mafiaverbrechen wie illegalen Waffenhandel, Drogengeschäfte und Bandenkriminalität. Der Medientycoon hebelte „demokratische und rechtsstaatliche Normen aus“, weil es „seinen privaten Interessen dienlich ist“, hielt die *Neue Zürcher Zeitung* am 15. Januar 2011 fest. Minister Berlusconis verkündeten, man müsse eben auch „mit der Mafia zusammenarbeiten“. Berlusconi wurde beschuldigt, die Komplizenschaft mit der Mafia fortzusetzen. In seiner Villa Arcore in Mailand wurde ein Verbindungsmann der Mafia - als Stallknecht getarnt - ausgemacht. Ein „Lex Berlusconi“ genanntes Gesetz untersagte den Justizbehörden, gegen ihn Ermittlungen zu führen. An Prozessen gegen ihn beteiligte Juristen, das waren 789, attackierte Berlusconi als „rote Richter“, die ihn stürzen wollten, verunglimpfte sie als „Taliban“, „Schwerverbrecher“, „Eiterbeulen der Gesellschaft“.

Mafia ohne Schutzpatron

Nach seinem Fall im November 2011 wurde Berlusconi letztendlich 2014 wegen Steuerbetrugs in Millionenhöhe, Unterhalt von Scheinfirmen im Ausland und An-

waltsbestechung zu vier Jahren Haft verurteilt, die er reduziert in einem einjährigen Sozialdienst antrat.

Dass es seit dem Amtsantritt der sozialdemokratischen Regierung (Partito Democratico PD) 2014 unter Matteo Renzi einige Fortschritte im Kampf gegen die Mafia gibt, lässt Experten vermuten, dass die Verbrecherorganisation mit dem Fall Berlusconi ihren Schutzpatron verloren hat.

Die UNO

Gerhard Schiller: Die UNO im Wandel der Zeiten

Schon die Bezeichnung „Vereinte Nationen“ macht stutzig: Nicht, dass sie nicht verstanden und erklärt werden kann, aber ist so was unter kapitalistischen Bedingungen überhaupt möglich? Wo, vielleicht nicht die Nationen, aber die, die sie zu vertreten vorgeben, also die herrschenden Klassen, doch nicht nur unter-, sondern auch gegeneinander agieren, wo Ausbeutung, Arbeitshetze, Existenzdruck und Konkurrenzkampf herrscht, wo Spionage, Bespitzelungen, Affären aller Art zur Tagesordnung gehören nicht zu vergessen die Ausplünderung der Ressourcen anderer Länder. Da können sich doch Nationen gar nicht freiwillig vereinen!

Also muß etwas dazu geführt haben zu schlussfolgern, die Nationen sollen sich vereinigen, um künftig Lehren zu ziehen aus diesem 2. Weltkrieg, damit so etwas nicht wieder passiert und Frieden herrscht. Aus dieser Notlage heraus sind die Vereinten Nationen geboren.

Der vom deutschen Faschismus vom Zaune gebrochene Weltkrieg mit dem Ziel der Weltherrschaft musste aber eine Hürde nehmen, die sozialistische Sowjetunion, weil sie als Staat und Staatsmacht dem Grenzen bot. Gegen sie war der Kapitalismus seit Bestehen 1917 angerannt, aber immer wieder gescheitert. Nun, da der deutsche Faschismus auf seinem Weg die Ausrottung des Marxismus mit Stumpf und Stil erklärte, setzten die bisher Erfolglosen ihre Hoffnung auf ihn und waren mit Wort und Tat bereit, ihn als Bollwerk gegen diesen Sozialismus aufzubauen, lt. Georgi Dimitroff: „Nazideutschland spielt die Rolle des Stoßtrupps der internationalen Konterrevolution, des Hauptbrandstifters des imperialistischen Krieges, des Initiators eines Kreuzzuges gegen die Sowjetunion“

Die Sowjetunion, die um die Gefahr des faschistischen Stoßtrupps wusste, hat zur Erhaltung des Friedens und ihrer eigenen Sicherheit neben dem Beitritt zum Völker-

bund 1934 mit anderen Ländern Verträge abgeschlossen, z.B. Beistandspakt mit der Tschechoslowakei und Frankreich 1935, mit der Mongolei 1936, mit China 1937. Speziell England und Frankreich wurde im Frühjahr 1939 ein Verteidigungsbündnis gegen den deutschen Faschismus vorgeschlagen. Mit ihm sollte seinem weiteren Vordringen ein Riegel vorgeschoben werden. Das Bündnis kam nicht zustande, weil es die Länder ablehnten. Die Regierungen Englands und Frankreichs begingen ein Doppelspiel: Einerseits handelten sie mit Hitlerdeutschland das Münchner Abkommen aus, andererseits oder gerade deswegen lehnten sie ein Bündnis mit der Sowjetunion gegen Hitlerdeutschland ab. Chamberlain sagte am 26.8.1939 vor dem Kabinett: „Wenn Großbritannien Herrn Hitler in seiner Sphäre Osteuropa in Ruhe lässt, wird er uns in Ruhe lassen“. Sein Außenminister Halifax antwortete auf das Angebot aus Moskau: „Ich bedauere, dass die Regierung seiner Majestät den vorn Herrn Litwinow gemachten Vorschlag nicht zustimmen kann.“ Damit wurde die Sowjetunion gezwungen, den von Deutschland angetragenen Nichtangriffspakt zum Zwecke der Selbstverteidigung anzunehmen.

Der Verlauf des vom deutschen Faschismus vom Zaune gebrochenen 2. Weltkrieges mit dem vertragswidrigen Überfall auf die Sowjetunion brachte dem Westen die Erkenntnis, dass die Rote Armee die stärkste Streitmacht der Alliierten war, was die Westmächte zwang, ohne Aufgabe ihrer antikommunistischen Gesinnung ein Bündnis mit der Sowjetunion einzugehen, die Antihitlerkoalition. Sie mussten gewissermaßen ein Bündnis mit ihrem Klassenfeind schließen, weil sie sonst dem Faschismus nicht widerstehen konnten. Von Anfang an war diese Antihitlerkoalition ein Zweckbündnis, das beim Wegfall des Zweckes auch zerfallen musste.

Am 31.8.1943 sagte Churchill in Quebec: „Rußland hat die furchtbaren Schädigungen nicht nur überlebt und sich davon erholt, es hat auch der deutschen Armee tödliche Schläge zugefügt, wie sie keine andere Streitmacht der Welt hätte führen können.“

Damit im Zusammenhang lud er Stalin zu einem Treffen ein, um in gegenseitiger Aussprache das Kräfteverhältnis zu prüfen, dies mit dem hintergründigen Ziel zu verhindern, dass es sich zugunsten der Sowjetunion entwickelt. Diese Frage war aber bereits entschieden, so dass am 1.12.1943 in Teheran nach einer Reihe von militärischen und diplomatischen Unterhaltungen die Drei-Mächte-Erklärung abgegeben wurde, durch gemeinsame Aktionen gegen den Nationalsozialismus Tyrannei und Sklaverei auszurotten. In Teheran überredete Stalin Roosevelt, die 2. Front an nächster Stelle, am Ärmelkanal, zu beginnen, womit sie Churchill überstimmten, der sie auf dem Balkan eröffnen wollte, was er so verstand: von Süden aus einen Keil durch Europa bis zur Ostsee zu treiben, um das Vorrücken „der Russen nach Europa“ zu verhindern.

Dem Abkommen von Teheran folgte im Februar 1945 das von Jalta auf der Krim mit der Festlegung einer einheitlichen Politik, die zur endgültigen Niederwerfung Deutschlands führen sollte. Der Öffentlichkeit wurde erklärt: „Wir kamen hierher voller Hoffnung und Entschlossenheit. Wir trennen uns als Freunde in der Tat, im Geist und im Ziel“.

Letztlich hat die Potsdamer Konferenz vom 17.7. – 2.8.1945 nach dem Sieg der Anti-hitlerkoalition die Konkretisierung der Aufgabe gestellt, über alle unterschiedlichen Gesellschaftssysteme hinweg eine andauernde Friedensperiode in der Welt zu sichern. Das alles ist notwendig festzuhalten, weil damit die Grundlagen für die Gründung der UNO geschaffen wurden, die am 24.10.1945 von 51 Ländern der Antihitlerkoalition in San Francisco erfolgte und die Charta einer internationalen Sicherheitsorganisation veröffentlichte. „Künftige Generationen“, so Churchill in einer Botschaft an Stalin, „werden ihre Dankesschuld an die Rote Armee ebenso uneingeschränkt anerkennen wie wir, die wir zu Lebzeiten Zeugen dieser stolzen Taten sind“.

Der Weltkrieg war zu Ende und die Frieden sicher, und trotz Schaffung der Vereinten Nationen machte sich eine neue Welle der sowjetfeindlichen Propaganda und Intrigen breit, die das Fundament des Friedens bedrohten. Die Kräfte des internationalen Kapitals und des Imperialismus verbündeten sich ihrer Profitinteressen wegen unter der Kampfparole: Krieg dem bolschewistischen Rußland! Es war wieder Churchill, der am 5.3.1946 in Fulton forderte, ein antisowjetisches Bündnis der Westmächte „gegen die immer stärker werdende Herausforderung und Gefährdung der christlichen Zivilisation durch den russischen Kommunismus“ zu schaffen. Am 12.3.1947 verlas der US-Präsident eine Botschaft, die als Truman-Doktrin bekannt wurde und die Erklärung des Kalten Krieges war.

An der Schaffung der UNO hat die Sowjetunion - als einziger Staat, der die deklarierten Ziele schon aus Eigeninteresse ernst nahm - aktiv mitgewirkt, obwohl die Initiative für sie in der Kriegszeit von den USA ausging, die glaubten, damit nicht nur eine Weltorganisation zu schaffen, sondern auch eine Weltregierung, in der sie das Sagen haben. Das Ansehen der Sowjetunion war aber in der Welt so stark gewachsen, das sie nicht nur mitwirken, sondern entscheiden konnte, womit sie das Prinzip der friedlichen Koexistenz in die Charta einbrachte und damit gegen den Widerstand der Westalliierten das bisher in der Haager Konvention enthaltene Recht auf Kriegführung aus dem Völkerrecht verbannte.

Neben der sozialistischen Sowjetunion waren auch ihre Teilrepubliken Ukraine und Bjelorußland Vollmitglieder, letztere auf Vorschlag von Churchill wegen der großen Verluste, die sie durch die Naziaggression ertragen mussten. Für die Aufnahme weiterer Mitglieder war der Sicherheitsrat zuständig, in dem die Sowjetunion die Pflicht zur Einstimmigkeit bei Entscheidungen durchgesetzt hatte - nicht der einfachen

Mehrheit, wie gewollt. Dessen Bedeutung wurde sichtbar, als für die Aufnahme weiterer sozialistischer Staaten eine Einstimmigkeit dadurch nicht zustande kam, weil die USA ihr Veto einlegten. Später drehte die Sowjetunion den Spieß herum und legte ihr Veto ein, wenn weitere kapitalistische Staaten aufgenommen werden sollten. So erlebte sich diese Aufnahmespielerei.

Einen Ruck stellte die Erklärung der UN-Vollversammlung dar, die allen Ländern dieser Welt das Recht auf Freiheit und Unabhängigkeit zusprach; ein von der Sowjetunion eingebrachter Resolutionsentwurf. Insbesondere die Länder der 3. Welt zogen daraufhin in die UNO ein, weshalb die beginnenden 1960er Jahre auch die „Afrikanischen Jahre“ genannt wurden, weil hauptsächlich die dortigen Länder UNO-Mitglieder werden konnten. Das hat die USA mächtig unter Verdruss gesetzt. Ihr damaliger UNO Botschafter, Kirkpatrick, tonte: „Es ist höchste Zeit, schwere Waffen aufzufahren, um den Missbrauch der UNO für antiamerikanische Aktionen zu stoppen“. Es ging den USA auf die Nerven, in jeder Vollversammlung unter Anklage zu stehen.

Es waren aber die Zeiten vorbei, wo die USA die UNO missbraucht haben wie für den dreijährigen Krieg gegen Nordkorea. Auch westdeutsche Medien waren über die Behandlung ihres Freundes empört. „Die USA müssen zu einer diplomatischen Offensive gegenüber den wilden und beängstigenden Attacken und Aktionen der Staaten der dritten Welt in der UNO übergehen“, meinte die Frankfurter Allgemeine damals. Und die Welt fügte hinzu: „Die Horde der dritten Welt entblödet sich, der Führungsmacht USA den Kampf anzusagen. Aber auf die Dauer wird diese Großmacht mitschuldig, wenn sie nichts gegen die kabarettistischen Fehlentwicklungen der Weltorganisation unternimmt. Diese diplomatische Horde hält es für ihr verbrieftes Recht, in die Hand der Vereinten Nationen zu spucken“.

Sagt uns: In der UNO stießen imperialistische Kräfte, die sie für ihre Weltherrschaftspläne deformieren wollten, immer mehr an die Grenzen ihrer Möglichkeiten.

Die Ungeduld der Völker gegen diesen Machtmissbrauch ist verständlich, kann sich aber, wie heute auch, nicht gegen die UNO richten, sondern gegen die Kräfte, die ihre Wirksamkeit hemmen. Die UNO kann nicht mehr leisten, als ihre Mitglieder zu geben bereit sind.

Die Entwicklung der UNO sollte die Verwirklichung ihrer Ziele sein, wie sie in der Charta verankert sind, und daran sollte sie gemessen werden. Die Zeit von 1945 bis 1955 war eine ohne Aufschwung. Die von den USA geführten kapitalistischen Staaten konnten den sozialistischen Ländern noch ihre Stimmenmehrheit entgegenstellen, die USA versuchten, die UNO in einen Weltstaat zu verwandeln, in ein Instrument des Kalten Krieges.

Die Zeit von 1955 bis 1970 war eine des Einzugs junger Nationalstaaten. Die Mitgliederzahl ist langsam auf 83 gestiegen, die 1960 ohne Gegenstimme beschlossene Unabhängigkeitsdeklaration brachte 16 neue Mitglieder allein 1960. 65 Nationen errangen nationale Unabhängigkeit und Souveränität. Die sozialistischen und die jungen Nationalstaaten stimmten zunehmend in wesentlichen Fragen überein.

Die Zeit bis zur Konterrevolution war gekennzeichnet dadurch, dass trotz des Kalten Krieges der Handlungsspielraum aggressiver Kräfte des Imperialismus eingeengt werden konnte. Es war eine Festigkeit der internationalen Sicherheit erkennbar. Abrüstungsfragen standen immer im Mittelpunkt, eine Definition des Aggressionsbegriff erfolgte, das Recht der Völker auf Selbstbestimmung, Freiheit und Unabhängigkeit wurde immer wieder herausgearbeitet, die Schaffung einer Weltwirtschaftsordnung, bes. für Entwicklungsländer, stand an wie die Beendigung des Wettrüstens und der Militarisierung des Weltraums. Menschenrechte wurden als unteilbar festgeschrieben, es gab viele Aktivitäten zur Nichtanwendung von Kernwaffen und zur Verhinderung eines Nuklearkrieges, das Verbot der Entwicklung, Produktion und Lagerung chemischer Waffen wurde ausgesprochen, es gab die Verurteilung des Staatsterrorismus¹

Trotz dieser Erfolge hat der Kalte Krieg auch indirekt in die UNO Einzug gehalten, was der zunehmenden Schwäche der sozialistischen und sozialistisch orientierten Staaten geschuldet war. In der UNO stießen selbstverständlich die gegensätzlichen Klassenpositionen aufeinander. Deshalb war sie Ausdruck und Mittel der Klassenausinandersetzungen in der Welt. Die UNO hatte, im Klartext, nur solange Kraft, wie es den Sozialismus als Gegengewicht gegen die imperialistische Vorherrschaft gab.

Nach der Konterrevolution war die Zeit vorbei, wo fortschrittliche Kräfte als Gegenpol zum aggressiven Kapitalismus Druck ausüben konnten, was der UNO Lebenskraft und Perspektive gab. So erklären die USA rücksichtslos, es gibt keine Vereinten Nationen mehr. Es gibt nur noch eine internationale Gemeinschaft, die von den USA angeführt werden kann, wenn es ihren Interessen dient. Bewiesen mit ihrer Aggressi-

¹ *Das war 1984 und so formuliert: Verurteilung des Staatsterrorismus und aller Aktionen von Staaten zur Unterminierung der sozial-politischen Systeme anderer souveräner Staaten; Enthaltung von Aktionen, die auf den Sturz von Regierungen zielen, verbunden mit dem Appell, die Souveränität zu respektieren wie die Unabhängigkeit von Staaten und das Recht der Völker auf Selbstbestimmung. – Resolution eingebracht von der Sowjetunion, Polen und der DDR, 130 Mitglieder dafür, Stimmenenthaltung von 29 NATO-Ländern, dagegen Griechenland – das war 1984, wo also 130 UN-Staaten gegen den Staatsterror votiert hatten, der heute politische Tagesordnung ist, nur als Kampf für Freiheit und Demokratie getarnt und ausgegeben wird, und die, die damals mit überwältigender Mehrheit als Täter gezeichnet wurden, verstehen sich heute als Opfer!*

on gegen Jugoslawien, die am 24.3.1991 ohne Entscheidung der UN-Vollversammlung oder des Sicherheitsrates, d.h. eines UN-Gremiums, begann. Das geschah, obwohl Jugoslawien Gründungsmitglied der UNO war! Der Sicherheitsrat hat am 21.9.1992 in der Resolution 743 lediglich für eine Schutztruppe (UN Blauhelme) gestimmt, nachdem er bereits am 23.5.1991 mit der Resolution 713 bestimmt hatte, dass, wer Waffen und militärische Ausrüstungen für den Krieg in Jugoslawien liefere, mit Embargo belegt werde - was nie erfolgte.

Die USA wurden bewusst zum größten Schuldner gegenüber der UNO, um Daumenschrauben anzulegen und den Kurs der UNO zu bestimmen, ja, sie wollten sie erpressen und verlangten 1983 ihren Auszug aus den USA. Damit fanden sie selbst bei ihren Verbündeten keine Unterstützung. Aber sie behinderten und schädigten die Arbeit der UNO, wie es nur ging. Sie traten aus der UNESCO aus, weil diese die Abschaffung von Hunger und Elend als Voraussetzung für die Entfaltung der kulturellen Fähigkeiten aller Menschen geißelte.

Heute sind die Imperialisten wieder unter sich und springen mit der UNO um wie einst mit dem Völkerbund. Natürlich hat sich die Welt seit der Zeit des Völkerbundes weiterentwickelt, aber auch er war nach dem 1. Weltkrieg mit dem Ziel gegründet worden, eine Organisation zur Sicherung des Friedens zu haben, die man auch hatte, die aber wirkungslos war. Aus dieser Blamage heraus hat Roosevelt Neuentwicklungen versucht, aber im kurzen Frieden bis zum 2. Weltkrieg wurde daraus nichts. Es musste erst den verbrecherischen Zweiten Weltkrieg mit seinen bekannten Folgen geben, damit sie die alten Ziele dank der Existenz zum Kapitalismus alternativer Staaten neu formulierten. Aber eine Alternative zu seinem System lässt der Kapitalismus und Imperialismus nicht zu, solange er kann; das ist eine gesicherte Erkenntnis, so dass die Alternative, die Sozialismus heißt, von dieser Prämisse

in ihrem Verhalten ausgehen muss.

Ein gesondertes Kapitel ist auch hier der DDR zu widmen, die ja auch Vollmitglieder der UNO als souveräner Staat war und nicht irgendeine Zone, ein Gebilde, Phänomen oder ein Gänsefußchenbegriff.²

Die DDR war auch Mitglied aller UNO-Spezialorganisationen. Ihren ersten Antrag um Aufnahme in die UNO hat sie am 28.2.1966 gestellt. Der dafür zuständige Sicherheitsrat hat die BRD als weiteren deutschen Staat gefragt, wie sie dazu stehe. Die

² Die Bundesregierung glänzte 1961 mit einem Erlass, der als „Gesänsefußchenerlaß“ in die Rechtsgeschichte einging. Danach war im Behördenverkehr nicht von DDR, Ostdeutschland oder Staatsgrenze zu sprechen und zu schreiben, sondern von „Sowjetzone, sog. DDR oder Demarkationslinie“

BRD hat damals, auf den Alleinvertretungsanspruch als Staatsdoktrine gestützt, dies abgelehnt und argumentiert, die Zulassung Ostdeutschlands berührt fundamentale Fragen der Sicherheit der deutschen Interessen im Ausland. Der DDR Antrag von 1973 hat jedoch angesichts des veränderten Kräfteverhältnisses und als Resultat der beharrlichen Friedenspolitik der DDR sowie des Scheitern ihrer diplomatischen Blockade Zustimmung gefunden, so dass die DDR am 18.9.1973 als 133. Land in die Vereinten Nationen aufgenommen wurde.

Mit der Aufnahme hatte die DDR neue Möglichkeiten, an der Seite der Sowjetunion und der anderen sozialistischen Länder mit eigenen Aktivitäten an der Festigung der internationalen Beziehungen im Interesse des Weltfriedens teilzunehmen. Auf Anfrage des Sicherheitsrates war die BRD 1973 bereit, die DDR als Mitglied zu akzeptieren und stimmte zu, auch Mitglied werden zu wollen. Denn die BRD hatte niemals Antrag um Aufnahme in die UNO gestellt. So konnte sie ohne Bindungen an UNO-Beschlüsse schalten und walten, wie sie wollte. Nach der Aufnahme hat der Autor des 1982 erschienenen Buches „Die Uneinigen“, Bruhns, begründet: „Die BRD isoliert sich gegenüber der DDR in der UNO immer mehr. Es ist die Zeit vorbei, in der die BRD, da sie noch nicht Mitglied der UNO war und deshalb nicht mit abstimmen brauchte, überall in der Welt eine gute Miene zeigen konnte. Nun schlagen ihr die Abstimmungsergebnisse ins Gesicht“.

Das heißt, sie war vorher nicht an völkerrechtliche Beschlüsse gebunden, was ihren engen Beziehungen zu Südafrika, das mehrmals von der UNO geächtet war, keinen Abbruch getan hat. Erst als die DDR weltweit anerkannt war, wurde der BRD klar, dass bei dem veränderten Kräfteverhältnis der Alleinvertretungsanspruch nicht mehr haltbar war. Sie musste einsehen, dass ein weiteres Festhalten daran gefährlich war, weil sich die Völker gar nicht darum kümmerten. Das führte besonders zum Ansehen der DDR in Asien, Nahost, Nordafrika und Fernost. Die BRD musste die friedliche Koexistenz akzeptieren, was die CDU nicht über ihre Lippen brachte und weshalb die SPD wieder einmal einspringen musste und die neue Ostpolitik entwarf und gute Miene zum bösen Spiel und den Beziehungen zur DDR machte, die damals von 93 Ländern bereits diplomatisch anerkannt war. Die DDR hat damit erzwungen, dass die Umgangstone der BRD mit ihr nicht mehr so rüde wie einst waren. Übrigens gehörte die DDR zu den wenigen Ländern, die ihre Verpflichtungen gegenüber der UNO, insbes. die Beiträge, stets erfüllten. Und übrigens hatte der Sicherheitsrat

bei der Aufnahme der BRD an diese, und nicht an die DDR, die Frage gestellt, wie es mit dem Neonazismus stehe? Antwort: Das Verbot nazistischer Organisationen folge aus dem Grundgesetz mit der Wirkung, dass die von der alliierten und deutschen Seite erlassenen Gesetze zur Befreiung des Volkes von Nazismus und Militarismus weiterhin in Kraft seien.

Wie klingt das heute, 43 Jahre später? Immerhin wurde ja die NPD 1964 in der BRD als Zusammenfassung der bestehenden neonazistischen und rechtsradikalen Strömungen gegründet!

Von der UNO berichten die Medien selten, meistens unkonkret, eben von der UNO, aber die wird präsentiert von der Vollversammlung als dem höchsten Organ, die einmal im Jahr tagt, und dem Sicherheitsrat, der auf Antrag eines der fünf ständigen Mitglieder zusammentritt. Die Vollversammlung verabschiedet Resolutionen und Beschlüsse mit einfacher oder bei wichtigen Fragen mit Zweidrittelmehrheit, die jedoch nicht verbindlich sind, aber Empfehlungen darstellen. Der Sicherheitsrat, dessen Hauptverantwortung die Sicherung und Erhaltung des Weltfriedens ist, fasst Beschlüsse, die für die UN-Mitglieder verbindlich sind, wenn sie ihrem Zuständigkeitsbereich entsprechen.

Reformen, die für der UNO gefordert werden, sehen vor, dass allein die Festlegungen der Vollversammlung verpflichtenden Charakter erhalten sollen und der Sicherheitsrat abzuschaffen wäre, zumindest in der jetzigen Form. Er hat sich eine Machtposition angeeignet, die ihm nicht zusteht. Damit hat er die Charta entstellt und sich das Recht genommen, eine gesetzklose Zukunft zu vertreten, in der die USA die Geißel des Krieges zur Durchsetzung ihres Willens nutzen. An seiner Stelle solle ein Organ treten, dessen Aufgabe die Durchsetzung von Beschlüssen der Vollversammlung ist.

Zurzeit wird der Sicherheitsrat missbraucht, weil er, obwohl nur für die Sicherheit zuständig, zu allen nur möglich politischen Zwecken benutzt wird. Ein Beispiel dafür ist das „Tribunal“ zur Aufklärung von Kriegsverbrechen im ehemaligen Jugoslawien. Es wurde vom Sicherheitsrat am 25.5.1993 ohne Entscheidung der UN-Vollversammlung, die allein für die internationale Rechtspflege verantwortlich ist, gegründet, sogar unter Verletzung des NATO-Vertrages, auf Initiative der NATO-Spitzen. Deutschlands Außenminister Kinkel hat sich gerühmt, seine Kollegen von der Notwendigkeit eines solchen Gerichtes überzeugt zu

haben: „Bei der Londoner Friedenskonferenz im August 1992 bin ich mit dem Vorschlag, einen Strafgerichtshof einzurichten, erstmals auf breite Gegenliebe gestoßen. Anschließend ist es mir gelungen, die Europäer auf diese Linie festzulegen“. Die damalige US Botschafterin bei der UNO, Albright, hat das dann beim Sicherheitsrat durchgeboxt, weshalb sie Mutter des „Tribunals“ genannt wurde. Das „Tribunal“, ein Organ der NATO, vom dafür unzuständigen Sicherheitsrat geschaffen, hat den Zweck, von der Politik der Stärke aus mit den Unterlegenen abzurechnen und die eigenen Verbrechen zu kaschieren.

Es ist aber illegal, weil nur der von den Mitgliedsländern berufene Gerichtsstand für internationales Strafrecht im Auftrag der UNO zuständig ist. Dieser wurde in Rom

von 120 Staaten nach langem, mehrjährigen Formulieren und Debattieren unterschriftlich anerkannt. Die USA suchten in diesem Prozess den Vertrag abzuschwächen, um ihre Politiker und Militärs von der befürchteten Verantwortung vor dem Gericht auszunehmen. Das gelang nicht, die USA erlitten einen Fehlschlag, und natürlich weigerten sich aber - wie eine Handvoll anderer Staaten - den Vertrag zu unterzeichnen. Auch hier kommt die klassische Definition von Karl Marx zum Tragen, dass das Recht, also auch das Völkerrecht, Ausdruck des Willens der jeweils herrschenden Klasse ist. NATO-Sprecher Shea meinte am 16.5.1995 dann auch: „Die NATO ist die Freundin des „Tribunals“. Es waren die NATO Länder, die das Geld für seine Einrichtung gaben“.

Angedeutete Reformen zur UNO stoßen auf den Unwillen der USA, weil sie kein Interesse daran haben, eine schwache UNO wollen und selbstverständlich bereit sind, auch ohne UNO zu tun, was sie wollen. Im Vorder- wie Hintergrund des Weltgeschehens stehen die USA, der UNO wird die Mitwirkung an Durchführungen zugestanden, mehr nicht. Eine so genannte internationale Gemeinschaft ist us-hörig und macht schon deshalb mit, weil Konflikte und Kriege ein Geschäft sind.

Doch woher können die USA einen Führungsanspruch in der kapitalistischen Welt ableiten? Sie machen nur 5% der Weltbevölkerung aus, wo kämen sie da bei dem Reformgedanken hin, der vorschlägt, das Prinzip „ein Staat gleich eine Stimme“ gehöre abgeschafft, vergleiche man das große China mit dem kleinen Taiwan oder Frankreich mit Luxemburg? Und was wäre, wenn festgelegt würde, dass die Vollversammlung als das höchste Organ auch allseits für ihre Mitglieder verbindliche Beschlüsse fassen könnte?

Das alles würden die USA verhindern wollen, weil ihnen dort (wie in der Vergangenheit geschehen) drohen würde, größtenteils oder ganz überstimmt zu werden, wogegen sie aber nicht ihr Veto einlegen könnten. Ihre Herrschaft wäre zu Ende? Sicherlich nicht, die USA würden tun, was sie wollen, was ja auch heute schon der Fall ist.

Wie dem auch sei: Die UNO in ihrer jetzigen Form ist ohne Stimulans sozialistischer Staaten keine unparteiische und wertfreie Weltorganisation, sondern ein Club, in dem sich die Vertreter der herrschenden Eliten sammeln. Das Sagen und das Vetorecht haben die Großen dieser Welt. Sie konnten den Sicherheitsrat zum Hauptinstrument der UNO werden lassen, wodurch die Vollversammlung ohnmächtig und bedeutungslos wurde. Es wäre demokratisch, wenn allein die Generalversammlung zu entscheiden hat, also die Mehrheit der Mitglieder, nicht die Minderheit im Sicherheitsrat.

Die UNO hat der Palästinafrage immer große Aufmerksamkeit geschenkt. Diese Aufmerksamkeit hat sich darauf bezogen, dass den von Israel vertriebenen Palästinenser mehrmals das Recht nicht nur auf ihre Heimat zugesprochen wurde, sondern spe-

ziell die Rückkehr in dieser Heimat, was Israel seit Jahrzehnten verweigert. Ebenso ständig wurde die Nahostpolitik Israels kritisiert und endlich sein Rückzug aus den 1967 widerrechtlich besetzten Gebieten einschl. Jerusalem gefordert.

Das alles in der Vollversammlung, wogegen die USA und Israel stets stimmten. 192 Mitglieder drückten vor 7 Jahren ihre tiefe Besorgnis über die Eskalation des Nahostkonfliktes aus. Scharf wurde das Vorgehen Israels im Gaza-Streifen kritisiert. Die Vollversammlung hatte ihre 10. Sondersitzung zu dieser Frage einberufen. Mit überwältigender Mehrheit und gegen den Willen der USA hat die Vollversammlung die Bildung eines Menschenrechtsrates anstelle der bisherigen Menschenrechtskommission in Genf gefordert. und durchgesetzt. Er hat Israel Verbrechen gegen die Menschlichkeit vorgeworfen. Jahre vorher war Israel bereits als Aggressor gebrandmarkt worden. Da darf man das Land zu Recht kritisieren. Die Weltgemeinschaft der UNO hat es in den vergangenen Jahrzehnten zu Genüge getan. Bei verurteilenden Resolutionen stimmten nur die USA und Israel dagegen, woran man erkennt, wie die Welt wirklich denkt, kann sie das zum Ausdruck bringen. Da aber die dortigen Resolutionen nur empfehlenden Charakter haben, waren die Verurteilten nicht an sie gebunden. Anders im Sicherheitsrat; eine dortige Resolution, die Israel verurteilte, hätte Geltung gehabt, die USA haben aber über die Jahrzehnte eine Umsetzung immer durch Einlegen ihres Vetos verhindert.

Ableitend vom Menschenrechtsverletzer Israel sei ein Exkurs in die Menschenrechte an sich gestattet, die ja auch von der BRD, bisher als Vorreiter in dieser Frage, überall propagiert wurden und werden, inzwischen aber pervertiert als Kriegsgrund. Es bleibt dabei, dass nur die „Internationale“ das Menschenrecht erkämpfen kann und muss. Der Kapitalismus kann nur die sekundären Freiheitsrechte verkünden, die gar keine Menschenrechte sind. Es kommt auf die primären Menschenrechte an, wie Nahrung, Kleidung, Wohnen, Arbeit, gesundheitliche Betreuung, Erholung, Bildung, Kultur und soziale Sicherheit für alle. Sie gewährleisten das Leben eines Menschen, dessen Bedeutung in dem Film „Wie der Stahl gehärtet wurde“ von Pawel Kortschagin so formuliert wird: „Das Wichtigste, was der Mensch hat, ist sein Leben. Es wird ihm nur einmal gegeben“. Um wachsen und leben zu können, braucht der Mensch entsprechende Umweltbedingungen, die eben nur der Sozialismus materiell, kulturell und ideell gewährleisten kann. Und dazu braucht es einen Gewährleister: Die von Existenzkrisen und Profitinteressen freie sozialistische Gesellschaft.

Ein Feld, das die UNO gar nicht wirklich angehen kann, aber verwalten muss, ist das Flüchtlings(un)wesen³. Sie muss es hinnehmen und hat dazu sogar einen Hohen

³ Natürlich meine ich damit nicht, dass Flüchtlinge „Unwesen“ sind, sondern dass es ein Un Ding ist, dass so viele Menschen vor Krieg, Terror, Gewalt und Not fliehen müssen.

Flüchtlingskommissar mit einer Flüchtlingskommission, die das Los der Flüchtlinge in von ihr unterhaltenen Flüchtlingslagern, bes. in der Türkei, wo 2 Millionen Menschen untergebracht sind, im Libanon und in Jordanien weitere 2.7 Millionen, materiell zu unterstützen versucht. Die Mehrzahl der Flüchtlinge, bes. die der Balkanroute, kommen aus solchen Lagern, die bisher relativ abgeschottet waren. Nun hat dort eine große Werbung stattgefunden, damit sich große Mengen an Flüchtlingen auf ein eindeutiges Ziel hinbewegen: Europa, speziell Deutschland. Man darf aus Lebenserfahrungen annehmen, dass im Hintergrund die USA stehen und die so anvisierten Landschaften im globalisierten Konkurrenzkampf instabil gemacht werden sollen, wozu die Flüchtlinge als willkommenes Mittel der Destabilisierung dienen. Auch die Türkei wird ihren Beitrag leisten, wird doch ihr Wunsch, Mitglied der EU zu werden, immer noch nicht erfüllt. Auch entsteht eine Flüchtlingsindustrie, die ein außerordentliches Geschäft durch Zuführung billiger, unter Tarif entlohnter Arbeitskräfte einschl. eines Innovationsschubs für das Kapital mit sich bringt.

Wenn Frau Merkel wie versprochen, auch die Fluchtursachen bekämpfen will, wozu auch die Verursacher gehören, wird sie wissen, dass das ein Anrennen gegen Windmühlenflügel ist. Diese Ursachen liegen in den Konflikten und Kriegen, die die Imperialisten mit entsprechender Raffinesse und oft verdeckter Aktivität in den unterschiedlichen Stellen der Welt anzetteln oder anzetteln lassen, um ihre Interessen durchzusetzen.⁴

Quasi entschuldigend könnte für Frau Merkel gelten, dass selbst ein Bundeskanzler nicht tun und sagen kann, was er will; auch für sie gibt es ein „höheres Wesen“, was bestimmt nicht die Religion ist, der sie parteipolitisch vorzustehen scheint. Sie ist eingebunden in den großen Krieg der Reichen gegen die Armen und die am Rande der Gesellschaft stehenden Menschen, denen keinerlei Solidarität zuteil wird, was die abermalige Kürzung der an die UNO zu zahlenden Beihilfen beweist.

Was soll die UNO hier noch tun? Es gibt zwar die Konvention der UNO von 1951 über die Rechtsstellung der Flüchtlinge, die von allen EU Staaten unterschrieben ist, aber das ist nur Papier. Auch hier ist eine Zusage nichts wert, wenn es darauf ankommt, weil die Rivalität kapitalistischer Staat ihr jeweiliges Verhalten bestimmt. Real ist, dass die UNO von ihren Mitgliedsländern nur noch 50 % der Beiträge erhält, die ihr zustehen. Das kann ein Grund dafür sein, dass sie nicht mehr 30 € Lagergeld je Flüchtling und Monat zahlen kann, sondern nur noch 9 €.

⁴ Und das keinesfalls planlos! Auf eine Frage in einer Journalistenrunde 2001, ob die Absicht besteht, gegen den Irak Krieg zu führen, antwortete General Clark: Es wird eine Fünf-Jahres-Kampagne diskutiert und davon sind 7 Länder betroffen, beginnend mit dem Irak, dann Syrien, Libanon, Libyen, Somalia und Sudan.

Das, was eine menschliche Selbstverständlichkeit sein sollte und was die kapitalistischen Staaten und Unterzeichner entsprechender völkerrechtlich Vereinbarungen erklärt haben, Frieden auf Erden, was die Religionen ebenso eifrig betonen und die Politiker „christliche Zivilisation“ nennen, kommt einfach nicht zustande. Das Gegenteil wird der Menschheit angetan. Sollte man diese ihre Erklärungen der Lächerlichkeit preisgeben oder sie Lügen nennen? Wer von Frieden spricht, aber damit den Krieg verdecken will, der lügt; der muss lügen! Wer täuscht, irreführt und lügt, sagt die Unwahrheit. Der Imperialismus ist nicht friedensfähig, er kann nur durch eine starke Gegenmacht zum Frieden gezwungen werden. Die gibt es nicht mehr.

Also ist die Frage, was die UNO ist, von der Praxis beantwortet. Daraus, dass eine Vereinigung zur Sicherung des Weltfriedens kommen sollte, ist nach wenigen Jahrzehnten wieder nur eine Art Völkerbund geworden. Es wird Krieg geführt und die UNO muss ohnmächtig zusehen. Eine Erkenntnis muss klar sein: wenn der Kapitalismus uneingeschränkt herrschen kann, stellt er sich in aller Brutalität als solcher dar, so wie Marx ihn schon im Kommunistischen Manifest beschrieben hat: „Die Bourgeoisie hat an die Stelle der mit religiösen und politischen Illusionen verhüllten Ausbeutung die offene, unverschämte, direkte, dürre Ausbeutung gesetzt. Sie hat alle bisher ehrwürdigen und mit frommer Scheu betrachteten Tätigkeiten ihres Heiligenscheins entkleidet. Sie hat den Arzt, den Juristen, den Pfaffen, den Poeten, den Mann der Wissenschaft in ihren bezahlten Lohnarbeiter verwandelt. ... Das Bedürfnis nach einem stets ausgedehnten Absatz für ihre Produkte jagt die Bourgeoisie über die ganze Erdkugel. Überall muss sie sich einmischen, überall anbauen, überall Verbindungen herstellen“.

Dem Einmischen, Anbauen und Verbindungsherstellen steht nichts mehr entgegen. Daraus folgt, es gibt nicht mal mehr Frieden zwischen den Kriegen, sondern ständigen Krieg. Diejenigen, die einmal vom ewigen Frieden philosophiert haben, brauchen ihren Kopf nicht mehr anzustrengen. Dass ewiger Friede wär? Luis Föhnberg: „Wenn ewiger Friede wär, wo kämen die Profite her? Drum auf Soldaten, ans Gewehr!“

Wir erleben, wie die Bundeswehr wiederum zum Gewehr greift und ohne UNO-Mandat im Syrien-Krieg mitmischt, damit der deutsche Imperialismus nicht zu kurz kommt, schließlich will man nicht nur in Europa Nummer Eins sein, sondern die zweimaligen Niederlagen im Streben nach ganz vorn wett machen, also an der neuen Weltordnung Anteil haben.

Am Beispiel Syrien ist wieder die Methode der USA erkenntlich: Am Beginn eines Konfliktes oder Krieges ist das UNO-Mandat nicht mehr gefragt. Höchstens der Sicherheitsrat kann nachträglich noch etwas tun, indes. vermittelnd auftreten, wenn der Konflikt ausfert und nicht mehr beherrschbar ist, damit das Ende nach einem Erfolg für die Brandstifter aussieht.

Der Imperialismus stellt sich so dar, dass er bombt, wie es ihm beliebt; ohne Mandat der eigenen Parlamente, ohne das der UNO, ohne Kriegserklärung, weil missliebige, den Interessen des eigenen Großkapitals bzw. den eigenen geostrategischen Interessen hinderliche Regierungen ausgewechselt werden müssen – und wenn das nicht zeitnah möglich ist, damit solche missliebigen Staaten ins Chaos gestürzt werden.

Die Folge sind verwüstete und zersplitterte Staaten, die keine mehr sind. Mit großem Aufwand wurde gegen Köpfe hergezogen, z.B. sagte der „Friedensnobelpreisträger“ Obama, Gaddafi und Assad müssten weg. Seine Freunde wussten sofort, wie sie sich zu verhalten haben, obwohl man von de Gaulle weiß: „Zwischen Staaten gibt es keine Freunde, sondern nur Interessen“. Die so zum Abschluss frei Gegebenen wurden für die Außenwelt mit aktivem Anteil der bürgerlichen Medien zur Unperson gemacht und in den „Hitler-Status“ erhoben. Gegen Milosevic wurde noch ein Gericht berufen, doch das ließ man gleich sein, weil er sich selbst verteidigte und als Zeitzeuge so viel gegenteilige und wirkliche Fakten vorgetragen hätte, dass man sein Schlussplädoyer fürchtete. Vor dem wurde er eines Tages früh tot in seiner Zelle aufgefunden. Alles politische Morde. Zum Beispiel bei Saddam Hussein und Muammar-al Gaddafi in aller Öffentlichkeit vorgeführt. Herbeigeführt oder gut geheiß von Kräften, die einen Rechtsstaat zu haben vorgeben, aber nach dem Recht des Stärkeren handeln, obwohl sie alle die in der internationalen Abkommen vordergründig gesetzte Nicht-einmischung in die inneren Angelegenheiten anderer Staaten anerkannt haben.

Und was macht die UNO? Was kann sie denn machen?

Sie hat den Friedensnobelpreis! Was hat die Welt von den vielen Friedensnobelpreisträgern?

Lenin: Wohin man auch blickt, auf Schritt und Tritt, findet man Aufgaben, die sofort zu lösen die Menschheit durchaus imstande wäre. Der Kapitalismus aber steht hindernd im Wege. Er hat Berge von Reichtümern angehäuft, und die Menschen zu Sklaven dieses Reichtums gemacht. Er hat komplizierte Probleme der Technik gelöst, jedoch die Verwirklichung technischer Verbesserungen infolge des Elends und der Unwissenheit von Millionen, infolge des engstirnigen Geizes dieser Handvoll Millionäre gehemmt. Die Zivilisation, die Freiheit und der Reichtum im Kapitalismus erinnern an den Reichen, der sich überfressen hat, bei lebendigem Leibe verfault und nicht leben lässt, was jung ist. Aber das Junge wächst und wird siegen, trotz alledem. (Prawda, 1913)

Zur deutschen Außenpolitik

Horst Schneider: Fragen zur Ziel- und Prinzipienlosigkeit „neuer“ deutscher Außenpolitik

„Über den Erfolg von Außenpolitik entscheidet die Geschichte“ (F.W. Steinmeier)

Nach der Unterzeichnung „unseres Plans“ (Steinmeier) zur Veränderung der Regierungsspitze in Kiew am 21. Februar 2014, der nach wenigen Stunden Makulatur wurde, gab der sozialdemokratische Außenminister dem Spiegel⁵ ein Interview. Darin gibt es Feststellungen, die den Leser zu genauer Prüfung und zu Fragen zwingen. Steinmeier behauptet, „dass der Stellenwert der Außenpolitik sich wieder positiv zu verändern beginnt.“ Wann in der Geschichte der Bundesrepublik hatte Außenpolitik keinen großen Stellenwert? Wie wird „Stellenwert“ gemessen?

Der Außenminister trompetete: „Ich habe im Auswärtigen Amt einen Prozess der Selbstüberprüfung eingeleitet. Es geht darum, eine öffentliche Debatte über die Bedingungen und Perspektiven deutsche Außenpolitik anzustoßen. In unserem `Review 2014 – Außenpolitik Weiter Denken`- Prozess wollen wir auch danach fragen, ob deutsche Außenpolitik in den letzten Jahren die richtigen Schwerpunkte gesetzt hat.“⁶

Welchen „Schwerpunkt“ hatte die deutsche Außenpolitik (gemeint sind die Leute, die die Linie der Außenpolitik bestimmen) gesetzt? Worin besteht das „Neue“? In Steinmeiers Erklärungen sind Worte wie Frieden, Friedenspflicht, Völkerverständigung, Völkerrechtsnormen, Vertragstreue, gute Nachbarschaft und ähnliches überaus rar. Stattdessen wimmelt es von „deutschen Interessen“ und „Verantwortung weltweit.“

Aber worin bestehen denn in der Beziehung zu Kiew „deutsche Interessen“ – wessen und welche? Und wofür übernehmen wir Verantwortung? Ist die Ukraine (schon) deutsches Protektorat? Was die Begriffe betrifft: In einer Arbeit, die für die politische Bildung gedacht ist, kann jeder lesen: „Die rot-grüne Bundesregierung hat während ihrer siebenjährigen Amtszeit keine schriftlich niedergelegte Bestimmung ihrer handlungsleitenden Interessen, Ziele oder Strategien vorgenommen, obwohl gerade Bundeskanzler Schröder den Interessenbegriff häufig verwendet hat. Dabei sind seit der

⁵ Der Spiegel, Heft 9/2014, S. 37f.

⁶ Ebenda, S. 38

Publikation des Weißbuches 1994 nicht nur mehr als zehn Jahre vergangen, sondern es hat sich in den internationalen Beziehungen vieles grundlegend verändert.⁷

Mit einer abermals veränderten Lage begründet Steinmeier nun seine „neue“ Außenpolitik, vor allem die größere „Verantwortung“ Deutschlands. Aber worin besteht denn nun nach zwei Weltkriegen, die von deutschem Boden ausgingen und nach Maßgabe des Völkerrechts und des Grundgesetzes Deutschlands Verantwortung? Dass von deutschem Boden kein neuer Krieg ausgeht. Das steht auch im Artikel 2 des Zwei – plus – Vier – Vertrages⁸. Hat der Bundespräsident den Vertrag gekündigt? Deutschland müsse Schluss machen mit der „Kultur der Zurückhaltung“. Wann und wo hat sich denn Deutschland seit 1990 „zurückgehalten“? Die NATO war u.a. gegründet worden, „to keep the Germans down“. Daraus wird jetzt: Deutschland mischt sich weltweit in Bürgerkriege und Konflikte ein. Die Entwicklung in der Ukraine könnte zu einem weiteren Testfall für die verheerenden Folgen auch für Deutschland werden. Dringender denn je ist die Frage zu beantworten: Welchen Prinzipien folgt die deutsche Außenpolitik? Welche Ziele strebt sie an? Angesichts der Tatsache, dass die Aussagen führender Politiker vage sind, suchte ich die Antwort im Grundgesetz und bei kompetenten Politikern.

Es kann nötig und nützlich sein, die Außen-, Sicherheits-, und Militärpolitik der beiden deutschen Staaten vor 1990 zu vergleichen. Die Hauptunterschiede sind gravierend. Im (provisorischen) Grundgesetz legt der Artikel 25 den Vorrang des Völkerrechts fest. Die Vorbereitung eines Angriffskrieges ist verboten: „1. Handlungen, die geeignet und in der Absicht vorgenommen werden, das friedliche Zusammenleben der Völker zu stören, insbesondere die Führung eines Angriffskrieges vorzubereiten, sind verfassungswidrig. Sie sind unter Strafe zu stellen.

2. Zur Kriegsführung bestimmte Waffen dürfen nur mit Genehmigung der Bundesregierung hergestellt, befördert und in den Verkehr gebracht werden. Das Nähere regelt das Bundesgesetz.“⁹

Der Trick von Juristen: Nur die „Vorbereitung“ eines Angriffskrieges ist strafbar, nicht seine Durchführung. Die 1949 versprochenen Gesetze fehlen bis heute. Der Rüstungsexport floriert.

⁷ Deutschlands Außen- und Sicherheitspolitik. Eine Einführung, 2. Auflage, S. 89

⁸ Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland, Dokumente von 1949-1994, Bonn 1995, S. 699f.

⁹ Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland, Bonn 1995, S. 24/25

In der DDR gab es eine völlig andere Lage. Sie war ein zuverlässiger Partner und Faktor im Kampf der Völker für Frieden, Sicherheit, friedliche Koexistenz und Entspannung. Die DDR hat nie Krieg geführt. Rüstungshaie gab es in ihr nicht¹⁰. In der Verfassung der DDR, die 1968 von den Bürgern durch Volksentscheid legitimiert worden war, waren die Ziele und Prinzipien der DDR–Außenpolitik präzise formuliert, die in der politischen Praxis strikt eingehalten wurden.

„Artikel 6

Die Deutsche Demokratische Republik hat getreu den Interessen des deutschen Volkes und der internationalen Verpflichtungen aller Deutschen auf ihrem Gebiet den deutschen Militarismus und Nazismus ausgerottete und betreibt eine dem Frieden und dem Sozialismus, der Völkerverständigung und der Sicherheit dienenden Außenpolitik.

Die Deutsche Demokratische Republik pflegt und entwickelt entsprechend den Prinzipien des sozialistischen Internationalismus die allseitige Zusammenarbeit und Freundschaft mit der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken und den anderen sozialistischen Staaten.

Die Deutsche Demokratische Republik unterstützt die Bestrebungen der Völker nach Freiheit und Unabhängigkeit und pflegt auf der Grundlage der Gleichberechtigung und gegenseitiger Achtung die Zusammenarbeit mit allen Staaten.

Die Deutsche Demokratische Republik erstrebt ein System der kollektiven Sicherheit in Europa und eine stabile Friedenssicherung in der Welt. Sie setzt sich für die allgemeine Abrüstung ein.

Militärische und revanchistische Propaganda in jeder Form, Kriegshetze und Bekundung von Glaubens-, Rassen- und Völkerhass werden als Verbrechen geahndet.“

„Artikel 8 (Fassung von 1974)

Die allgemein anerkannten, dem Frieden und der friedlichen Zusammenarbeit aller Völker dienenden Regeln des Völkerrechts sind für die Staatsmacht und jeden Bürger verbindlich.

Die Deutsche Demokratische Republik wird niemals einen Eroberungskrieg unternehmen oder ihre Streitkräfte gegen die Freiheit eines anderen Volkes einsetzen.¹¹

¹⁰ Sozialismus und internationale Beziehungen, Berlin 1980

¹¹ Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik

Haben wir genügend Phantasie, um uns vorzustellen, welches Glück es für das „wiedervereinigte“ Deutschland gewesen wäre, wenn es eine solche Verfassung erhalten hätte und einhalten würde?

Nachdem wochenlang ein Trommelfeuer von (Fehl-) Informationen über die Vorgänge in der Ukraine auf die Konsumenten der Medien niedergegangen ist, bedarf es des Nachdenkens, Prüfens und Streits, um das Wesen und die Gefahren der Entscheidungen deutscher Außenpolitik zu erfassen. Es ist besser, wenn *wir unsere Fragen* stellen, um auf entscheidende Aspekte und Ergebnisse aufmerksam zu machen: Was ist das strategische *Ziel* „deutscher“ Außenpolitik? Worin bestehen „deutsche Interessen“? Welche *Prinzipien* liegen „deutscher“ Außenpolitik zugrunde? Welche Maßnahmen werden beschlossen, welche Wege beschritten? Welchen Maßstab legen wir bei unseren Urteilen an? Ist da Willkür erlaubt? Gehört zur NATO-Mitgliedschaft Nibelungentreue? Die Hauptlehre deutscher Geschichte ist unverzichtbarer Maßstab: Nie wieder Krieg! Nie wieder Faschismus! Das war das Vermächtnis von 1945, das in der UN-Charta und den Nachkriegsverträgen – sogar noch im Zwei-plus-Vier-Vertrag von 1990 Völkerrechtsnorm wurde.¹² Krieg und Faschismus sind und bleiben Verbrechen. Die DDR ist dem Vermächtnis bis zum Ende treu geblieben. „Von deutschem Boden darf kein neuer Krieg ausgehen“ war das Prinzip noch in der Stunde des Untergangs. Dieses Versprechen gab auch Helmut Kohl am 19. Dezember 1989 an der Ruine der Dresdener Frauenkirche ab. Schlüsselbegriffe waren in der DDR-Politik Friedenspflicht, friedliche Koexistenz, Versöhnung, Abrüstungsbeitrag, Entspannung, antiimperialistische Solidarität.

Welche Schlüsselbegriffe verwendet heute deutsche Außenpolitik?

Mit dem Sieg der Konterrevolution 1989/90 änderte sich auch das Machtgefüge in den internationalen Beziehungen. Zur Kernfrage wurde: Wird Krieg wieder „Normalität“ für Deutschland, obwohl es doch „nur noch von Freunden umgeben“ ist? Es war zeitig absehbar, welcher Marsch geblasen wurde und wer den Taktstock auf dem Marsch in neue Kriege schwang. Ich wähle nur ein Beispiel: Wolfgang Ischinger und Rudolf Adam, damals Mitarbeiter des Auswärtigen Amtes, philosophierten zum Thema „Die deutschen Interessen nach der Wiedervereinigung und ihre außenpolitische Verwirklichung“.¹³

Über „deutsche Interessen“ wird u.a. gesagt: „Nur wenn wir schlüssig darlegen können, weshalb die Fortführung der bisherigen Politik einschließlich der europäischen Integration im vitalen eigenen Interesse liegt, wird deutsche Außenpolitik überzeugen“.

¹² Siehe Fußnote 8

¹³ Frankfurter Allgemeine Zeitung, 17. März 1995

gend der Sorge entgegenzutreten können, Deutschland versuche vielleicht doch – in Bismarcks Worten -, im Namen Europas Forderungen geltend zu machen, die es im eigenen Namen nicht mit Aussicht auf Erfolg vorbringen könnte.“

Also der vage Begriff „Europa“ dient als Nebelwand, hinter der die „deutschen“ Interessen verhüllt und die „deutschen“ Raketen aufgestellt werden.

Inzwischen kann jeder im Weißbuch der Bundeswehr 2006 und in der EU-Verfassung nachlesen, wie weit die „deutsche“ imperialistische Politik vorangekommen ist.

Schon auf dem Gipfel 2007 in Heiligendamm wurde diese Politik auf offener Bühne erkennbar. Im Vorfeld des G-8-Gipfels veranstalteten manche Medien ein großes Rätselraten über die Absichten der Kanzlerin. „Der Spiegel“¹⁴ überschrieb seine Betrachtung:

„Meisterin des Ungefähren“. Die Kanzlerin als Sphinx? Die rhetorischen Fragen der Redakteure lauteten: „Wie definiert Merkel das Verhältnis Deutschland zu den USA? Wie eng sollen die Beziehungen zu Russland sein? Wie verhält sich Berlin, wenn Moskaus und Washingtons Interessen aufeinander prallen? Bleibt es neutral, oder soll es Partei ergreifen? Und wenn ja, für wen? Was bedeutet das für die osteuropäischen Nachbarn?“ Schon die Fragen beweisen, dass „deutsche“ Außenpolitik keine Prinzipien hat, aber es sind zweifellos existentielle Fragen. Wir werden auf sie eingehen, zumal „Der Spiegel“ behauptete: „Die Fragen sind so gravierend, dass die Deutschen ein Recht darauf haben zu erfahren, was ihre Regierungschefin will, doch die bleibt im Ungefähren. Merkel spielt auf Zeit.“

„Pakt mit Amerika“¹⁵

Es wird wohl nicht einmal Angela Merkels Protest auslösen, wenn wir feststellen, dass für die Kanzlerin der „Pakt mit Amerika“ (gemeint sind die USA) neben der innigen Liebe zu Israel größte Priorität besitzt.

Aber welche „deutschen Interessen“ werden damit bedient, welche Folgen hat dieser „Pakt“?

Als die BRD NATO-Mitglied wurde, behaupteten Politiker in den westlichen Hauptstädten, der Eintritt diene auch dazu, die „Germans down“ zu halten. Und natürlich sollte der Westen vor der sowjetischen „Aggression“ geschützt werden. (Die „rote Gefahr“ war die psychologische „Wunderwaffe schon für Hitler gewesen.) Nach 1990 hatte die NATO ihre Existenzberechtigung verloren, aber sie löste sich nicht auf,

¹⁴ Der Spiegel, Heft 3/2007, S. 38

¹⁵ Der Spiegel, Heft 18/2007, S. 22

sondern ihr aggressiver Charakter entpuppte sich immer unheilvoller. Heute ist die NATO Instrument der Weltherrschaftspläne der USA und ihre Verbündeten, die als „Krieg gegen den Terrorismus“ getarnt werden. Dieser Krieg kennt keine territorialen und zeitlichen Grenzen, er ist ein Angriff auf Völkerrecht, Vernunft und (auch christliche) Moral.

Und Deutschland macht mit. Als imperialistischer Staat hilft die BRD, der übrigen Welt die „Ordnung“ aufzuzwingen, die die USA-Strategie vorgibt¹⁶, wobei es gelegentlich um Auseinandersetzungen in der Hierarchie gehen kann.

Insofern sind die USA, England, Frankreich und Deutschland nicht nur Komplizen, sondern auch Konkurrenten - beim „Rüstungskuchen“ besonders deutlich zu sehen. (Im April 2007 wurde gemeldet: „Nach der Asienreise von Verteidigungsminister Franz Josef Jung (CDU) machte sich die deutsche Rüstungsindustrie Hoffnungen auf ein Milliardengeschäft mit Japan“¹⁷) Im Weißbuch der Bundeswehr gibt es zahlreiche Festlegungen im Interesse des deutschen Rüstungskapitals.¹⁸

Aus der Nibelungentreue Merkels gegenüber Bush (aus der Sicht Brzezinskis eine geforderte Vasallenrolle) ergibt sich die Haltung der deutschen Regierung zum Krieg in Irak und Afghanistan, zum geplanten Raketenabwehrsystem der USA in Tschechien und Polen, zum weltweiten Einsatz der Bundeswehr, zur Billigung der Nutzung von Militärbasen der USA in Deutschland usw.

Nach Ernst Uhrlau, der Präsident des BND gewesen ist und es wissen musste, ist der Krieg der USA gegen den Terror ein „Kreuzzug, der die Welt mit Gewalt demokratisieren will“.¹⁹ „Demokratie“-Export mit militärischer Gewalt? Welche UNO-Charta hatte Ernst Uhrlau?

Wenn dieser selbstmörderische Weg, wie jetzt von Steinmeier bekräftigt, fortgesetzt wird, kann Bert Brechts Mahnungen für Deutschland eintreffen: „Karthago führte drei Kriege ... nach dem dritten war es nicht mehr auffindbar.“²⁰

¹⁶ Botschaft Stalins; in: Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Berlin 1966, S. 335f.

¹⁷ Der Spiegel, Heft 23/2007, S. 19

¹⁸ Weißbuch 1994 zur Sicherheit...; Weißbuch 2006 zur Sicherheitspolitik. Für die Weißbücher haben Helmut Kohl und Angela Merkel das Vorwort geschrieben.

¹⁹ Der Spiegel, Heft 21/2007, S. 46

²⁰ Ebenda.

„Die neue Eiszeit“

Wenn von „deutschen Interessen“ die Rede ist, bedürfen die Beziehungen zu Russland besonderer Aufmerksamkeit und Pflege. Das hat schon Bismarck gewusst und beachtet. Der faschistische Krieg gegen die Sowjetunion (auch für die USA das „Reich des Bösen“) hat Deutschland in die tiefste nationale Katastrophe gestürzt, und die aggressive Ostpolitik der BRD als Mitglied der NATO hat Deutschen in Ost und West die Last der Spaltung und der Rüstung aufgebürdet. Über die materiellen und mentalen Folgen wird bis heute geschwiegen.

Die DDR war Verbündeter der UdSSR, die BRD ihr gefährlicher Feind, der allerdings auch wusste: Der Schlüssel zur Einheit liegt in Moskau. Gorbatschow und Jelzin haben ihn (und ihr sozialistisches Vaterland) an die Imperialisten, die Bush und Kohl verkauft. Jetzt regiert in Moskau Putin, der den Weg des ökonomischen Ausverkaufs und nationalen Unterwerfung gestoppt hat. Auch Russland und seine Bourgeoisie haben Interessen. Während Gerhard Schröder Putin noch zum „lupenreinen Demokraten“ erklärte, giftet nun Angela Merkel schon, wenn eine Anti-Putin-Demonstration behindert wird. „Der Spiegel“ urteilte bei der Amtseinführung Merkels: Ihre EU-Präsidentschaft könnte „als Beginn einer neuen Eiszeit in die Geschichtsbücher des Kontinents eingehen“.²¹ Auf wessen Kosten? Mit welchen Risiken? Haben „wir“ nun die „Eiszeit“? In Putins Person sei der „geballte Machtanspruch des russischen Großreiches“ verdichtet: „Dieser Putin hat das Milchglas der beruhigenden Worte und komplizierten Gesten bewusst zertrümmert und tritt unverstellt als rücksichtsloser Vertreter russischer Großmachtinteressen auf.“²²

Und welche Motive bewegen Putin? „Moskau will sich nicht damit abfinden, dass die NATO in den Ländern des ehemaligen Warschauer Paktes und in ihren Nachfolgestaaten der Sowjetunion Fuß fasst. Das Gefühl, von Feinden umgeben zu sein, speist sich aus dem Schmerz über den Territorial- und Einflussverlust nach dem Untergang der Sowjetunion.“ Sind das Einbildungen übersensibler Politiker in Moskau oder entspricht das der Realität?

Ein CSU-Abgeordneter im Bundestag und deren Obmann im außenpolitischen Ausschuss glaubte Putin belehren zu müssen²³ „Außenpolitik ist auch für uns Interessenbewahrungspolitik“, hatte Guttenberg verkündet. Nur: Welches Interesse verfolgen „wir“, wenn USA-Raketen den Kreml im Visier haben? Hatte Guttenberg Gehirn-

²¹ Ebenda, S. 25

²² Ebenda, S. 20

²³ Ebenda

schwund? erinnerte er sich nicht mehr, wie Kennedy auf die Installierung sowjetischer Raketen in Kuba reagierte und Helmut Schmidt auf die „Raketenlücke“? Und jetzt soll die russische Regierung tatenlos zusehen, wie ihr Land eingekreist und gedemütigt wird?

Darf man in dieser Situation an den Gruß J.W. Stalins erinnern, den er anlässlich der Gründung der DDR an Wilhelm Pieck und Otto Grotewohl sendete?²⁴

„Wir sind nur von Freunden umgeben“ (Helmut Kohl)

Da war nach 1990 in Bonn der Jubel groß. Und es wurde glatt vergessen und verschwiegen, was die DDR gegenüber den östlichen Nachbarn, die unter der faschistischen Okkupation am meisten gelitten hatten, an Reparationen und Versöhnung geleistet hatte. Kohls Auftritt in Verdun und der Eifel wird gefeiert, Brands Kniefall in Warschau zu Recht sowieso, aber noch kein Kanzler hat Grotewohls und Ulbrichts Verträge in Zgorzelec und Prag gewürdigt. Aber sowohl die Erfolge der Adenauer und Brandt bei der „Westintegration“, als auch die Leistungen der Grotewohl und Ulbricht im Osten wurden leichtfertig verspielt.

Wieder genügt ein Blick in den „Spiegel“. Unter dem Titel „Hunnen...Hitler“ fragte er²⁵: „Wer hat eigentlich den verdammtten Krieg gewonnen? Eine Haltung die Großbritannien manchmal bis in die Machteliten prägte, lautete: `Wenn man den Hunnen nicht zu den Füßen hat, hat man ihn bald an der Gurgel`.“

In derselben Ausgabe²⁶ lautete die Frage, warum Italien voller Neid auf Deutschland blickt. Frankreich hatte einen konservativen Präsidenten, und manche Journalisten begannen ein öffentliches Rätselraten, wie sich das auf die deutsch-französischen Beziehungen auswirken würde. „Der Spiegel“²⁷ betrachtete damals Sarkozy als „Pragmatiker, der sehr hart Frankreichs Interessen vertrete“. In Paris entsteht ein neuer Bonapartismus als politische Strömung. Hat Sarkozy das Nein der Mehrheit der Franzosen zu den 465 Artikeln der europäischen Verfassung trickreich in ein Ja verwandelt? Freilich: Bei „frommen“ Politikern ist manches möglich, was sie selbst nicht immer bestreiten. „Der Spiegel“ bemerkte gegenüber Bundespräsident Norbert Lammert: „Der großen Koalition gelingt es häufig, ihre Gesetze regelrecht über Nacht

²⁴ Zbigniew Brzezinski: Die einzige Großmacht. Amerikas Strategie der Vorherrschaft. Weinheim und Berlin 1997, S. 41f.

²⁵ Der Spiegel, Heft20/2007, S. 74

²⁶ Ebenda, S. 78

²⁷ Ebenda, S. 122

durch die Ausschüsse zu bringen, ohne dass die Abgeordneten das Paragrafenwerk überhaupt lesen konnten.“²⁸ Lammert fand das nicht erstaunlich.

„Wir gehören zu den neuen Kreuzrittern“

Mit „wir“ meinte der „Spiegel“ die Deutschen, und der „Kreuzzug“, den „wir“ führen, findet von Afghanistan bis zum Kongo statt. Eingedenk des Bismarckschen Ratschlags, dass derjenige, der Krieg führt, Gründe finden sollte, die auch noch nach dem Kriege glaubhaft sind, wurden die Kreuzritter fündig. Der Krieg findet zum Segen der Bekriegten und Besiegten statt. Zu Hitlers Zeiten wurde das „Vaterland verteidigt“ und der „Bolschewismus“ bekriegt. 1989 wurden die Völker der sozialistischen Staaten „befreit“. Jugoslawien musste zerbombt werden, um ein neues „Auschwitz“ zu verhindern. Irak wurde überfallen, damit nichtexistierende Waffen nicht die Menschheit gefährden. In Afghanistan benehmen sich die Taliban, die von den USA gegen die UdSSR unterstützt worden waren, nicht wie Demokraten.

Das „geläuterte“ Deutschland führte in Jugoslawien und Afghanistan nicht Kriege durch, sondern „humanitäre Interventionen“ und „Frieden schaffende Einsätze“. Eine neue Formel heißt „Responsibility to protect!“ Der Missbrauch der UNO ist alltägliche Praxis geworden, und manche „Linke“ agieren als Bellizisten.

Der damalige Vorsitzende der Grünen, Reinhard Bütigkofer, hatte zu Ostern 2007 die Friedensbewegung ungewohnt scharf kritisiert: „Wer Auslandseinsätze der Bundeswehr kategorisch ablehnt, der betreibt meines Erachtens nicht Friedenspolitik.“²⁹ Die Logik des Grünen: Wenn die Bundeswehr bombt und schießt, ist das „Friedenspolitik“. Grassiert unter Politikern die Schizophrenie? Oder wissen Grüne, welches „Recht“ und welche „Aufgabe“ solches Tun „legitimiert“?

Im Unterschied zu Bütigkofer war Ernst Uhrlau, zeitweiliger Chef des BND, in der Lage, sich die Reaktionen der Überfallenen vorzustellen: „Uhrlau: Machen wir uns nichts vor: Wir gehören aus der Sicht der Terror-Urheber und ihrer Helfershelfer zu den ‚Kreuzrittern‘. Deutsche Soldaten stehen in Afghanistan, die deutsche Marine fährt Patrouille am Horn von Afrika und im Mittelmeer vor der libanesischen Küste. Wir sind in dieser Auseinandersetzung also aus der Sicht der Terroristen eindeutig positioniert, sie sehen uns auf der Seite der Angreifer.“³⁰(26) Haben sie Unrecht?

²⁸ Ebenda, S. 13

²⁹ Ebenda.

³⁰ Der Spiegel, Heft14/2007, S. 46

Da es sich um einen asymmetrischen Krieg handelt, wehren sich die Afghanen und die Iraker mit Waffen, die sie haben. (Im Partisanenkampf gegen Napoleon war das auch schon so.)

Sicher kann der Widerstand in Kundus als „Rache für deutsche Tornado-Politik“³¹ gewertet werden, aber wird der „Rache“ entgegen will, muss die Bundeswehr zurückziehen. Oskar Lafontaine hatte auch Recht, wenn er voraussagte, die Teilnahme der Bundeswehr am Krieg in Afghanistan werde den Terror nach Deutschland bringen. Der Aufschrei der Kriegspartei und ein unglaublicher Verleumdungsfeldzug folgten.

BILD glaubte das Leid der Mütter der getöteten Soldaten ins Feld führen zu können. Aber die Soldaten und deren Mütter sind doch nicht Opfer Lafontaines, sie sind Opfer des Imperialismus. Und sie haben ihr eigenes Schicksal in der Hand. Schon die Verfasser der Bibel wussten: Wer das Schwert zieht, wird durch das Schwert umkommen. Und wussten nicht die Eppelmänner, dass Frieden ohne Waffen entsteht – nicht durch Krieg?

Und wussten nicht die SPD-Politiker - im „Dialog-Papier“ SED-SPD vom August 1987 können sie es nachlesen -, dass mit Krieg keine aktuellen Menschheitsprobleme zu lösen sind?³²

„Afrika ist unser direkter Nachbar“

Diese epochale Entdeckung machte die Verteidigungsministerin von der Leyen und fügte hinzu, dass „an der Meerenge von Gibraltar ... die Kontinente nur 14 Kilometer voneinander entfernt liegen“.

Diese Tatsache war schon Römern und Karthagern, britischen Kolonialoffizieren und Napoleon, sogar Mussolini und Hitler bekannt. Was aber folgt aus der geographischen Nachbarschaft? Dass „Europa“ sich hemmungslos in Afrika austoben kann?

Reichen die Erfahrungen und Leiden der Kolonialherrschaft in Deutsch-Ost und Deutsch-Südwest-Afrika (heute Angola und Tansania) noch nicht aus? Zugegeben: Von der Leyen ist nicht die erste, die Afrika neu entdeckte, und natürlich ist die Entdeckung kein Zufall.

Schon auf der „Agenda“ in Heiligendamm tauchte Afrika als Thema auf und der Präsident Nigerias durfte vorbeischaun: War das nicht Ausdruck deutscher Sorge um die Völker Afrikas? Oder war das ein Angriff auf die Rechte der Völker Afrikas?

³¹ Neues Deutschland, 12. März 2007

³² Dialogpapier SED – SPD vom August 1987

Beide Menschenrechtskonventionen, die über politische und die über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte vom 16. Dezember 1866, von der BRD am 03.01.1976 ratifiziert, beginnen in Artikel 1.1 mit dem Satz: „Alle Völker haben das Recht auf Selbstbestimmung. Kraft dieses Rechts entscheiden sie frei über ihren politischen Status und gestalten in Freiheit ihre wirtschaftliche, soziale und kulturelle Entwicklung.“

Dieses Recht darf durch niemanden eingeschränkt werden.

Die verzweifelte Lage in den meisten afrikanischen Ländern (Der Spiegel beschreibt sie in einer Serie) resultiert aus dem kolonialen Erbe, der Einsetzung willfähriger Marionetten (oder die Ermordung solcher Politiker wie Patrice Lumumba) und dem Missbrauch der „Entwicklungshilfe“ zur Ausbeutung der Ressourcen und der Steigerung des Absatzes eigener Produkte.

Viele Folgen sind absehbar: Francois Traore, Präsident von Burkina Faso, wusste, die Fluchtwelle von Afrika nach Europa wird anschwellen. Denn wer in der Heimat keine Existenzgrundlage mehr hat, lässt sich auf die Dauer nicht von Zäunen, Küstenschutzbooten oder Soldaten aufhalten: „Wenn die reichen Länder jede Entwicklungschance in unseren Ländern zerstören, dann müssen wir uns eben in ihnen entwickeln“, sagte Samba Gueye, Traores Amtskollege im Senegal. Das klingt wie eine Drohung. Und so ist es auch gedacht: „Wir haben Erdnüsse exportiert, das wurde uns kaputt gemacht. Wir exportieren Fisch, der wurde uns weggefangen. Nun exportieren wir eben Menschen.“³³

Es wird auf Dauer nicht helfen, Europa zur „Festung“ erklären zu wollen.

„Neues vom Chamäleon Krieg“

Das ist der Titel eines der Berichte, den Herfried Münkler im Vorfeld von Heiligendamm für die Parlamentarier geschrieben hat.³⁴ Politologen und Sicherheitsexperten waren fleißig. Sie erarbeiteten u.a. eine „Übersicht“ über kriegerische Konflikte, eine Studie über den Rüstungstransfer, den „globalen Handel mit Tod und Gewalt“, über die „Kriegsberichterstattung in der Mediengesellschaft“ und über „Erfolge und Grenzen von Friedensmissionen.“ Alle müssten im Hinblick auf die politischen Konsequenzen untersucht werden.

³³ Der Spiegel, Heft 19/2007, S. 131

³⁴ Aus Politik und Zeitgeschichte, 2007/16-17, S. 3

Zwei Konfliktforscher kamen in „Politisierung internationaler Institutionen“ zu wichtigen Erkenntnissen:

- * Nicht mehr die nationalen Regierungen und Parlamente, sondern internationale Institutionen wirken tief in nationale Angelegenheiten hinein. Der Souverän, das Volk, wird immer machtloser.
- * Oft prägt die UNO die „außenpolitischen Präferenzen eines Staates, z.B. beim Einsatz militärischer Gewalt als Mittel der Politik.
- * „Global Governance“ formt immer stärker die Elite von Staaten, wobei die „westliche“ Dominanz zunimmt.
- * „Die Politik in den internationalen Institutionen findet meist immer noch unter Ausschuss der breiten Öffentlichkeit statt, bleibt hermetisch und ist folglich aus Sicht der letztlich Betroffenen undemokratisch.“
- * Ganze Regionen werden aus den Entscheidungsprozessen ausgeschlossen.
- * Das „gute Regieren“ kann kaum kontrolliert werden.
- * Weltbank, Internationaler Währungsfonds und ähnliche Institutionen sind de facto für die Betroffenen ihrer Entscheidungen unkontrollierbar.
- * Die Gefahr wächst, dass der Widerstand gegen diese Entwicklungen zu neuen Kriegen und transnational agierenden Terrorismus führt.³⁵

Das sind sichtbare Erscheinungen deutscher Politik, ist aber nicht ihr Wesen. Wie die Verantwortlichen für den ersten und den zweiten Weltkrieg folgt die Bundesregierung – unter veränderten Bedingungen und „modernen“ Mitteln und Methoden – den Weltmachtambitionen des Imperialismus. So erklären sich „unsere Pläne“ (Steinmeier).

Und, wie gesagt, jetzt soll die russische Regierung tatenlos zusehen, wie ihr Land eingekreist und gedemütigt wird?

In dem eingangs zitierten Interviewe Steinmeiers findet sich der Satz: „Russland ist ein europäisches Land, und ich will, dass es so bleibt.“ Liegt Russland in Europa, weil und solange es Steinmeier will? Entscheidet Berlin über die russische Politik? Unter Gorbatschow und Jelzin tanzte der russische Bär für die, die dafür bezahlten. Jetzt brummt er vernehmlich. Hat auch Russland Interessen und Verantwortung?

³⁵ Ebenda, S. 24f.

Während die Bundesrepublik zum Schaden für beide Seiten ihre feindselige Politik gegenüber Russland fortsetzt, hat sie schon einen neuen Kriegsschauplatz entdeckt, auf dem die Bundeswehr deutsche Stärke demonstrieren soll, Syrien. Viel Feind, viel Ehr?

Dieser Einsatz hat seine Besonderheiten. Die Bundesrepublik steht an der Seite der Türkei, die mitverantwortlich für die entstandene Lage ist. Sie findet in Syrien russische Streitkräfte vor, mit denen Russland seine Rückkehr in den Kreis der Großmächte demonstriert, der Syrien-Experte Dr. Michael Lüders urteilte am 5. Dezember 2015 im MDR-Fernsehen: „Wir rutschen blauäugig in einen neuen Krieg hinein.“

„Wir“? „Blauäugig“? Ist Rutschen besser als Schlittern, wie es das Schicksal Deutschlands 1914 gewesen sein soll?

Worauf lassen „wir“ uns dabei ein? Die Antwort übernahm DER SPIEGEL: „In Syrien findet ein brutaler Krieg mit internationaler Beteiligung statt, der längst alle Ausmaße eines Bürgerkriegs sprengt. Welt- und Religionsmächte, schiitische und kurdische Milizen, islamische und moderate Rebellen, sie alle mischen mit, direkt oder heimlich, oft mit konträren Zielen. Eine Fehlkalkulation reicht, und Syrien könnte zum Schauplatz eines gewaltsamen ausgetragenen Konflikts zwischen den großen Mächten werden.“³⁶ Auch bei dem Einsatz der Bundeswehr im 17. Einsatzgebiet bricht die Regierung das Grundgesetz und das Völkerrecht, wie die Völkerrechtler Norman Paech und Gregor Schirmer nachwiesen.³⁷

In wessen Namen und mit welchem Ziel führt die Bundesrepublik nun auch in Syrien Krieg? Und das, nachdem auch Ex-Außenminister Guido Westerwelle erkannt hat: "Deutschland wird nicht dadurch größer, stärker und reicher, wenn es noch mehr militärische Interventionen macht. Das war der große Irrtum der letzten zwanzig Jahre.“³⁸

Kriege als „Irrtümer“? Wessen „Irrtümer“ und warum?

Es ist höchste Zeit, dass die Linken eine Gegenstrategie entwickeln und in geeignete Aktionen den Kriegstreibern die Hände binden. Ideen gibt es, handeln tut not.

³⁶ Der Spiegel, Heft 49/2015, S. 40/41

³⁷ junge Welt, 30.11. und 10.12. 2015

³⁸ Der Spiegel, Heft 46/2015, S. 13

Friedenspolitik

Irene Eckert: Die Auferstehung der Ostermarschbewegung erfordert neu anti-imperiale Töne!

Krieg dem Kriege! Und Friede auf Erden.

15 Jahre nachdem US-Präsident Bush nach der Zerstörung des World-Trade Zentrums in New York zum weltweiten Krieg gegen den Terror aufgerufen hat, machen jetzt linke, friedensbewegte Ostermarschierer die obsoleete Entdeckung, dass auch der Krieg gegen den Terror Terror sei. Damit verneinen sie die Möglichkeit zur militärischen Bekämpfung von Terrorismus grundsätzlich auf unhistorische Weise und machen sich nolens volens zum Weggefährten der falschen Sache.

Sie kritisieren den Antiterrorkrieg, nachdem gedungene, gut geschulte und hochgerüstete Söldnermeister des Terrors ganze Staaten ruiniert haben und somit den Nährboden für neue Terrorsetzlinge längst freigelegt haben. Ihre Saat hat seither ganze Regionen kontaminiert und äußerst giftige Früchte getragen. Nach Afghanistan, Irak, Libyen scheint ihrem unheilvollen Wirken in Syrien immerhin endlich – dank enger Kooperation zwischen der legitimen und populären Landesregierung und ihren Verbündeten – eine gewisse Grenze gesteckt worden zu sein. Nun aber erheben die pazifistischen Kreise ihre warnende Fistelstimme: Keine definierten Fronten ließen sich ausmachen und große Kollateral-Schäden seien zu erwarten, so dass durch die hohen zivilen Verluste der Terrorismus nur noch mehr Zulauf erhalte.

Jetzt reden sie, nachdem die Russen seit September vorigen Jahres – auf Einladung der legitimen syrischen Regierung – vor aller Welt unter Beweis gestellt haben, dass man die Strukturen des Terrors sehr wohl empfindlich treffen und ihren Akteuren das Handwerk legen kann. Wenn man dies wirklich will und wenn man über die modernsten zielgenauen Waffensysteme verfügt, geht es auch ohne Kollateralschäden ab. Unsere verschlafenen Friedensgreise kommen also mit ihrer Kritik am globalen Antiterrorkrieg viel zu spät, um das mindeste zu sagen. Keine Worte finden sie nach wie vor, um das unheilvoll-kriegerisch-terroristische Wirken der imperialistischen Supermacht anzuprangern. Weder verurteilen sie bis heute den blutigen Militärputsch in der Ukraine, noch die nur mühsam menschenrechtlich kaschierten Militärinterventionen in Syrien, im Irak, in Pakistan, im Yemen, in Afrika, ganz zu schweigen vom fortgesetzten Terrorfeldzug Israels gegen das palästinensische Volk. Damit aber lassen sich keine Massen gegen eine auch von unserem Land leider massiv unterstützte Kriegspolitik des schon taumelnden Imperiums auf die Straße bringen.

Der Pazifismus muss politisch werden.

„Der Pazifismus muss politisch werden“, forderte schon der Kriegsgegner Carl von Ossietzky in den Zwanziger Jahren des vorigen Jahrhunderts völlig zurecht. Eine abstrakte, unhistorische, unkonkrete Forderung nach Gewaltverzicht ist nicht in jedem Fall dem Frieden dienlich. Wenn ich dem bedrohten Opfer einer aggressiven, hochgerüsteten Gewaltpolitik noch Fesseln anlege und von ihm fordere, seine letzten Waffen, sprich Verteidigungsmöglichkeiten abzulegen, dann mache ich mich zum Komplizen der Aggression. Am besten lässt sich das am Schicksal des palästinensischen Volkes demonstrieren. Auch die überlebenden Opfer der halsabschneiderischen Gewalt von Islamofaschisten, die unter immer neuen Namen agieren, können Zeugnis darüber ablegen, wie wichtig gegen solche hochgerüsteten Mörderbanden bewaffnete Verteidigung ist.

Machtkritik versus Gewaltkritik

Andererseits gehen Macht und Gewalt oft Hand in Hand. „Macht macht böse“, hat Montesquieu gesagt und forderte daher ihre Kontrolle. Er meinte Machtkritik, als er Gewaltenteilung einfordert. Macht, jede Art von Macht, muss der demokratischen, also der öffentlichen Kontrolle unterliegen. Dessen ungeachtet braucht auch die Friedensbewegung Macht, um ihre Zielen Durchsetzungskraft zu verleihen. Solche Macht wird ihr aber nicht durch Selbstrestriktion auf das Thema Gewaltverzicht zufallen, sondern dadurch, dass sie die richtigen Losungen aufstellt und Massen dahinter mobilisiert. 1917 im Oktober war das die Losung: „Brot und Frieden“. 1983 war es die Losung „Keine neuen Atomraketen in Europa“. 2016 könnte sie lauten: „NATO raus aus Osteuropa! – Kooperation statt Konfrontation mit Russland!“

Machtkritik erfordert sehr viel mehr Mut als abstrakt Gewaltfreiheit einzufordern, von der jedermann weiß, dass sie ein Zukunftsgesäusel ist. Wo Halsabschneider ganz konkret und im übertragenen Sinn ihr düsteres, blutiges Auftragswerk ausüben, muss man ihnen auf völkerrechtlicher Grundlage in den Arm fallen, auch militärisch.

Das militärische Vorgehen ersetzt dennoch keineswegs den gewaltfreien Diskurs und die Suche nach gewaltfreien Konflikt-Lösestrategien, wo immer sich der Funke einer Möglichkeit bietet.

Aber Apostel der Gewaltfreiheitslehre müssen sich auch kritisch hinterfragen lassen. Das gilt für Mahatma Gandhi wie für Theodor Ebert und seine strukturelle Gewaltfreiheit, vor allem aber gilt es für den Amerikaner Gene Sharp, den Apologeten der „Bunten Konter-Revolutionen“.

Der friedenspolitische Diskurs ist offen und öffentlich zu führen. Ein gewählter Staatsmann trägt Verantwortung für die Menschen, die sich ihm anvertraut haben.

Wir erwarten von ihm oder ihr zu Recht, dass er unsere Belange und vor allem unser Leben schützt, Schaden von uns abwendet, wie es in unserer Bundes-Verfassung verbindlich festgelegt ist. Abstrakte Staatskritik hilft da keinen Schritt weiter. Politiker sind rechenschaftspflichtig gegenüber ihrem Wahlvolk. Sie haben nationale und keine fremdstaatlichen Interessen zu vertreten.

Diverse „gewaltfreie“ oder Gewaltfreiheit propagierende Gruppen sind in vielerlei Hinsicht inkonsequent und keineswegs die staatsunabhängigen NGOs, die sie zu sein vorgeben. Manche mögen ganz gute Friedensarbeit im Kleinen machen, andere verhalten sich problematisch, wo es politisch darauf ankäme, Flagge zu zeigen. Gute und aufrechte Menschen gibt es allerdings in allen denkbaren Institutionen. Ich kannte solche, die für die Peace Brigades International gearbeitet haben. Ich kenne den Versöhnungsbund (FOR) aus den USA und aus Österreich und viele mir liebe Freunde aus der Vergangenheit gehörten ihm an. Das war aber eine andere Zeit und der Verein ein anderer als der, den wir in Deutschland heute wirken und walten sehen. Leider zieht unser Versöhnungsbund etwa eben nicht die erforderliche Linie zwischen Freund und Feind, sondern setzt Aggressor und Opfer fast auf eine Stufe. Man „rettet sich“ auf das Gebiet der Gewaltfreiheit. Man predigt ausgerechnet jetzt Gewaltfreiheit, wo die Russen mit ihrem entschiedenen, auch militärischen Vorgehen in Syrien gezeigt haben, dass es militärisch möglich ist, die Terrorbanden effektiv zurückzudrängen. Dazu muss man natürlich dingfest beweisen können, wo der Terror verortet ist. Es bleibt nun auch von unserer Seite darauf hinzuwirken, dass eine Friedenslösung Wirklichkeit werden kann. Dafür ist selbstverständlich von der Forderung nach Regime-Wechsel abzusehen und der Fassbomben-Vorwurf gegenüber Assad ist fallenzulassen.

Erfolgreiche Friedensarbeit muss also politisch werden, wie schon Carl von Ossietzky erkannte und darf sich nicht auf das Schongebiet der „Gewaltfreiheit“ zurückziehen. Auch dieses Terrain bleibt ohnehin nicht unpolitisch, sondern wird – meist unbemerkt – von der großen Politik gesteuert.

„Politische Politik“ meint hier – ganz im Sinne der alten Griechen – „polis techne“. Es ist dies die Kunst, ein Gemeinwesen zu steuern und zwar im Interesse der ganzen Gemeinschaft: friedlich, ausgewogen, egalitär! Dafür sind unabhängige Informationsquellen genauso unverzichtbar wie unabhängiges Denken. Wir brauchen mutige Köpfe, die bereit sind, die Mächtigen hierzulande und ihre Hintermänner ins Visier zu nehmen. Solcher Mut wird beflügelt, wo die Gewissheit herrscht, dass an einer anti-hegemonialen, multipolaren Weltordnung bereits kräftig gestrickt wird. Nur eine solche Verschiebung der globalen Gewichte, vermag aber zum Erhalt der Erde und all ihrer Bewohner beitragen. Sie eröffnet uns langfristig die Möglichkeit zur Neuordnung all unserer gesellschaftlichen Belange.

OKV, FDJ, Unentdecktes Land e.V., Verband zur Pflege der Traditionen der NVA und der GT e.V.: Erklärung der Generationen

Zum 60. Jahrestag der Gründung der Nationalen Volksarmee der Deutschen Demokratischen Republik

Die Geschichte der NVA ist keine Geschichte nur der Alten, keine nur der Jugend, sie ist eine gemeinsame Geschichte der Generationen. Sie ist nicht ein Teil der Geschichte des deutschen Militarismus, sondern ein Bruch mit dieser.

Als wir Alten heimkehrten aus dem 2. Weltkrieg, schritten wir über Ruinen und die Gebeine der Millionen, die für das deutsche Kapital gemordet wurden. Mit einem Hurra war unsere Generation in diesen Krieg gerannt, uns wenige ließ er übrig. Wie durften leben, weil unser Feind uns nicht vernichtete, weil er uns befreite. Wir erhielten Auftrag und Chance zugleich: aus dem Grauen zu lernen und seine Wiederholung für immer unmöglich zu machen.

Die inmitten der Hölle des faschistischen Deutschland widerstanden, die Thälmann, die Ossietzky, die Bonhoeffer, auch sie waren ermordet und fehlten unersetzbar. Da standen wir nun, ohne sie, aus dem Krieg Heimgekehrte, die niemals wieder in einen ziehen wollten, aus Lagern und Exilen Wiedergekehrte, die die Vernichtung des Nazismus mit all seinen Wurzeln geschworen. Diese Scham, diese Lähmung, all das nicht aufgehhalten zu haben, was unbedingt hätte aufgehhalten werden müssen, wich nur langsam von uns, aber sie wich und formte unseren Willen aus, nichts zu vergessen und aus dem Abgrund des 2. Weltkrieges die Lehren zu ziehen.

Wir wollten Gründungsmitglieder eines neuen Deutschland sein, vor dem die Völker nicht länger erbleichen wie vor einer Räuberin. Wir hielten Wort und errichteten unter dem Schutz der Roten Armee eine Ordnung, wie sie Deutschland noch nicht gesehen. Eine antifaschistische, demokratische Umwälzung, die endlich, Forderung um Forderung all der niedergeschlagenen und verratenen Revolutionen umsetzend, die Ewiggestrigen verjagte. Die Junker, Monopolherren und Nazifinanziers stoben nach Westdeutschland, wo sie sich zu ihrem und zum Schutz der KZ-Architekten und Wehrmachtsgeneräle den Separatstaat BRD ausriefen und Deutschland spalteten.

Wieder standen wir Alten vor der Pflicht, aufzuhalten, was aufgehhalten werden muss, die Pflicht, aus dem Grauen zu lernen und seine Wiederholung für immer unmöglich zu machen. Nicht Lähmung war diesmal unsere Antwort, sondern die Gründung eines neuen Staates, der so sein sollte, wie wir werden wollten, der zur Staatsdoktrin erhob, was drüben schon wieder unter die Räder kam: Antifaschismus, Frieden, Völker-

freundschaft und die Verteidigung eines Zustandes, der ein erneutes Auschwitz unmöglich machte.

Und so standen wir auf aus Ruinen, der Zukunft zugewandt, während von drüben wieder drohend ein „Deutschland, Deutschland über alles...“ schallte. Von Stund an wurde alles in Bewegung gesetzt, um den Friede im Osten zunichte zu machen. Jeder Stein, der zu finden war, wurde uns in den Weg gerollt. Denn die DDR setzte dem deutschen Imperialismus nun Grenzen, hinter denen seine Macht vollständig gebrochen wurde. Nach all den gescheiterten Verhandlungen, nach all den abgelehnten Angeboten bis zu Selbstaufgabe der DDR für ein einiges, neutrales, entmilitarisiertes Deutschland, konnte den täglichen Drohungen und Angriffen auf die DDR nur noch eins entgegengesetzt werden: Wir griffen erneut zu den verhassten Gewehren, richteten sie jedoch nicht wie einst gegen die Völker der Welt, sondern gegen unsere alten Herren. Wir sagten: Bis an diese Grenze und nicht weiter! Damit man es auch drüben verstand, gründeten wir eine neue – unsere Armee, eine, wie sie Deutschland noch nicht gesehen.

Die DDR wurde zum Korrektiv der BRD, die Nationale Volksarmee zum Gegenpol der samt und sonders von Faschisten aufgebauten und in ihrem Geiste erzogenen imperialistischen Angriffsarmee Bundeswehr. Die NVA wurde zu einer der wichtigen militärischen Stützen des Warschauer Vertrages, der sich gegen die Bedrohung der NATO gründen musste, die mit ihren Rollback-Plänen die Vernichtung von allem, was in Osteuropa nach dem Krieg geschaffen wurde, an die Wand malte.

Die durch die Sowjetunion unter unermesslichen Anstrengungen geschaffene Rüstungsparität, der Feuerschutz der Warschauer Vertragsstaaten verschaffte auch den Menschen in den Kolonien und Halbkolonien, die noch immer unter der Knute des Imperialismus vegetierten, eine Atempause und, ja, auch Waffen, eine andere Ausgangsposition. Vietnam, Kuba, Angola, Nicaragua – überall kam es zum Widerstand, manchmal sogar zur Befreiung vom Joch der Fremdherrschaft. Und immer sah die NVA sich verbunden mit den Aufständen der Unterdrückten.

Die Alten gaben die Gewehre weiter an ihre Söhne und Töchter, die unsere Eltern wurden. Eine Generation, die im Frieden geboren wurde, so wie wir, die wir damals noch Kinder waren. Und so wie unsere Eltern den Krieg nur aus den Büchern und den Erzählungen der Alten kannten, war für uns Kinder der Krieg weit weg, und Frieden, das waren weiße Tauben im Wind, die freundlichen Soldaten der NVA besangen wir im Lied.

Die Erfahrungen aus den schweren Jahren des Aufbaus der DDR verblichen, und der Ton aus Bonn war anders geworden, jetzt redete man nicht mehr von Rollback, sondern von “Wandel durch Annäherung”, und das Gesäusel von Bruder und Schwester

machte die Runde. Immer weniger sahen die Eltern hinter dem Schutzwall den deutschen Imperialismus, der emsig an seinem dritten Aufstieg arbeitete. Bunte Glasperlen glänzten dort, viele träumten davon. Eine Lähmung machte sich breit. Irgendwann begann man zu vergessen, was nicht hätte vergessen werden dürfen.

Die NVA erfüllte ihren vom Volk gestellten Auftrag, selbst als die Mehrheit dieses Volkes meinte, dass es nichts mehr zu verteidigen gäbe, und den Staat aufgab. Auch im Chaos der Annexion, es fiel kein Schuss gegen die Bevölkerung. Die Armee der DDR senkte die Waffen, unsere Eltern übergaben sie dem Klassenfeind.

In dieser Zeit endete unsere Kindheit, unsere Jugend, begann eine unsichere Zeit, geprägt von der Zerstörung all dessen, was unsere Eltern aufgebaut hatten, geprägt von Massenarbeitslosigkeit und der Normalisierung dessen, was sich in der DDR nur noch die Alten hätten vorstellen können, eine Flut an Kriegen weltweit, Faschisten auf Straßen, in den Regierungen, und ein deutscher Imperialismus erhob erneut sein Haupt zum dritten Anlauf, wurde erneut europäische Hegemonialmacht. Die Lektion für die Welt ist eine harte, auch für unsere Eltern, die meistens dazu schweigen.

Wir aber sind zu jung zum Schweigen, versuchen uns zurechtzufinden, in Perspektivlosigkeit, allgegenwärtigem Desinteresse und einem antikommunistischen und rassistischen Dauerfeuer, das den Kopf vergiftet und uns lähmt. Unter angehäuften Bergen von Lügen liegt wie unentdeckt, was die Alten einst mit der DDR auf den Weg brachten und die Eltern aufbauten und Jahrzehnte verteidigten. Irgendwo unter dem Lügenberg liegt auch unsere Kindheit und auch die Nationale Volksarmee der DDR.

So verbindet die Geschichte der NVA drei Generationen. Wir, die Jungen, lernten sie kennen durch die Erzählungen der Eltern, die einst die Waffen übernahmen von den Alten. Wir müssen wissen, wofür es sich lohnt zu kämpfen, wofür die Eltern kämpften, wofür die Alten. Ob immer alles so bleibt, wie man uns im Fernsehen erzählt, oder alles in Bewegung bleibt, Geschichte gemacht wird. Wir wissen, die DDR war anders, ihre Armee war anders. Beide waren der Realität gewordene und in so vielen gescheiterten Versuchen herbeigesehnte Bruch mit einer deutschen Geschichte, die sich von Weltkrieg zu Weltkrieg schleppt. Eine Geschichte, die nicht viele Lichtblicke birgt.

Einer wird immer die Nationale Volksarmee sein, die erste reguläre deutsche Armee, für die man sich nicht in Grund und Boden schämen muss. Die erste deutsche Armee, die keine Kriege vom Zaun brach. Die sich auf eine andere Seite des Geschichtsbuchs geschrieben hat. Auf die Seite der aufständischen Bauernheere unter Thomas Müntzer, auf die Seite der Novemberrevolution, auf die Seite des Hamburger Aufstandes, auf die Seite der Arbeiter, die gegen den Kapp-Putsch marschierten, auf die Seite aller fortschrittlichen Kräfte, die Teil jeder Geschichte sind und immer sein werden.

Und im Namen dreier Generationen erklären wir:

Die Geschichte der Nationalen Volksarmee der Deutschen Demokratischen Republik beginnt vor ihrer Gründung, sie endet nicht mit ihrer Auflösung.

Soldaten der NVA – das ist Euer Tag, ein Festtag für alle, die bereit sind, für den Frieden zu kämpfen, selbst für die, die dies heute nur ahnen, nur eine Idee davon haben.

Historische Beiträge zum internationalen Frauentag

Lenin:

Nehmen wir die Lage der Frau: Keine einzige demokratische Partei der Welt hat in dieser Beziehung auch nur in einer einzigen der fortgeschrittensten bürgerlichen Republiken in Jahrzehnten auch nur den hundertsten Teil von dem geleistet, was wir gleich im ersten Jahr unserer Herrschaft geleistet haben. Von den niederträchtigen Gesetzen über die Rechtsungleichheit der Frau, über die Beschränkungen der Ehescheidung, die schändlichen Formalitäten, an die sie geknüpft war, über die Nichtanerkennung der unehelichen Kinder, über die Nachforschung nach ihren Vätern usw. – Gesetzen, von denen es in allen zivilisierten Ländern zur Schande der Bourgeoisie und des Kapitalismus so zahlreiche Überreste gibt, haben wir im wahrsten Sinne des Wortes keinen Stein auf dem anderen gelassen.

Wir haben tausendmal das Recht, stolz zu sein auf das, was wir auf diesem Gebiet geleistet haben. Aber je *mehr* wir den Boden von dem Schutt der alten bürgerlichen Gesetze und Einrichtungen gesäubert haben, um so klarer ist es für uns geworden, dass dies nur die Ebnung des Bodens für den Bau, aber noch nicht der Bau selber ist.

...

Die Frau bleibt nach wie vor *Hausklavin*, trotz aller Befreiungsgesetze, denn sie wird erdrückt, erstickt, abgestumpft, erniedrigt von der *Kleinarbeit der Hauswirtschaft*, die sie an die Küche und das Kinderzimmer fesselt und sie ihre Schaffenskraft durch eine geradezu barbarisch unproduktive, kleinliche, entnervende, abstumpfende, niederdrückende Arbeit vergeuden lässt.

Die wahre *Befreiung der Frau*, der wahre Kommunismus wird erst dort und dann beginnen, wo und wann der Massenkampf (unter Führung des am Staatsruder stehen-

den Proletariats) gegen diese Kleinarbeit der Hauswirtschaft oder, richtiger, ihre *massenhafte Umgestaltung* zur sozialistischen Großwirtschaft beginnt.

Die Stellung der Frau in Sowjetrußland ist jetzt derart, dass sie vom Standpunkt selbst der fortgeschrittensten Staaten ideal ist. Aber wir sind uns bewusst, dass das natürlich erst der Anfang ist. ... Zur vollständigen Befreiung der Frau und zu ihrer wirklichen Gleichstellung mit dem Mann bedarf es gesellschaftlicher Einrichtungen, bedarf es der Teilnahme der Frau an der allgemeinen produktiven Arbeit. Dann wird die Frau die gleiche Stellung einnehmen wie der Mann.

Natürlich handelt es sich hier nicht darum, die Frau in Bezug auf die Arbeitsproduktivität, auf den Arbeitsumfang, die Arbeitsdauer, die Arbeitsbedingungen usw. gleichzustellen, sondern darum, dass die Frau nicht durch ihre wirtschaftliche Lage im Vergleich zum Mann unterdrückt sein darf. Sie alle wissen, dass diese faktische Unterdrückung der Frau auch bei völliger Gleichberechtigung bestehen bleibt, weil die gesamte Hauswirtschaft ihr aufgebürdet wird. Die Hauswirtschaft ist in den meisten Fällen die unproduktivste, die barbarischste und schwerste Arbeit, die die Frau verrichtet. Es ist eine sich im allerengsten Rahmen bewegende Arbeit, die nichts enthält, was die Entwicklung der Frau irgendwie fördern könnte.

Wir streben nach dem sozialistischen Ideal, wir wollen für die vollständige Verwirklichung des Sozialismus kämpfen, und da eröffnet sich für die Frau ein großes Betätigungsfeld. Wir bereiten uns jetzt ernstlich darauf vor, den Boden für den sozialistischen Aufbau herzurichten, der eigentliche Aufbau der sozialistischen Gesellschaft aber wird erst dann beginnen, wenn wir die vollständige Gleichstellung der Frau durchgesetzt haben und gemeinsam mit der von dieser abstumpfenden, unproduktiven Kleinarbeit befreiten Frau an die neue Arbeit gehen werden. Das ist eine Arbeit, die uns für viele, viele Jahre zu tun gibt. Es ist eine Arbeit, die keine schnellen Ergebnisse zeitigt und auch keine glanzvollen Effekte verheißt. ...

Gleichheit vor dem Gesetz ist nämlich noch nicht Gleichheit im Leben.

Die werktätige Frau muss sich nicht nur vor dem Gesetz, sondern auch im Leben die Gleichberechtigung mit dem Mann erobern. Zu diesem Zweck ist es notwendig, dass die werktätigen Frauen immer stärker an der Verwaltung der öffentlichen Einrichtungen und an der Verwaltung des Staates mitwirken. Durch diese Mitarbeit werden die Frauen ihre Kenntnisse rasch erweitern und die Männer einholen.

Wählt also mehr werktätige Frauen in den Sowjet. Kommunistinnen und Parteiose. Mag es auch eine parteiose Arbeiterin sein, wenn sie nur ehrlich ist und mit Verstand und gewissenhaft zu arbeiten versteht – wählt sie in den Moskauer Sowjet!

Mehr werktätige Frauen in den Moskauer Sowjet! Möge das Moskauer Proletariat zeigen, dass es alles für den Kampf bis zu Sieg, für den Kampf gegen die alte rechtliche Ungleichheit, gegen die alte bürgerliche Erniedrigung der Frau zu tun bereit ist und alles hierfür tut!

Das Proletariat kann sich nicht endgültig befreien, ohne für die völlige Befreiung der Frau zu kämpfen.

Das ist ein langwieriger Kampf, der eine grundlegende Umgestaltung sowohl der gesellschaftlichen Praxis als auch der Anschauungen erfordert.

Quellen: Lenin Werke Bd. 29, S. 418f., Band 30, S. 26f., 362f.; aus: „Die Frau ist frei geboren“, Dietz-Verlag Berlin, 1989

Luther:

Männer haben eine breite Brust und kleine Hüften, darum haben sie auch mehr Verstandes denn die Weiber, welche enge Brüste haben und breite Hüften und Gesäß, dass sie sollen daheim bleiben, im Hause still sitzen, haushalten, Kinder tragen und ziehen.

Quelle: Pfeffernüsse aus den Werken von Doktor Martin Luther, 1982, S. 100

Nietzsche:

Der Mann soll zum Kriege erzogen werden und das Weib zur Erholung des Kriegers: alles andere ist Torheit.

Das Glück des Mannes heißt: ich will. Das Glück des Weibes heißt: er will. „Siehe, jetzt eben ward die Welt vollkommen!“ – also denkt ein jedes Weib, wenn es aus ganzer Liebe gehorcht.

Und gehorchen muss das Weib und eine Tiefe finden zu seiner Oberfläche. Oberfläche ist des Weibes Gemüt, eine bewegliche, stürmische Haut auf einem seichten Gewässer. Des Mannes Gemüt aber ist tief, sein Strom rauscht in unterirdischen Höhlen: das Weib ahnt seine Kraft, aber begreift sie nicht.

Quelle: Nietzsche: Also sprach Zarathustra; Werke in 6 Bänden, München/Wien 1980, 3. Band, S. 328f.

Marxistisch-leninistisches Fernstudium gestartet

Frank Flegel: Erfolgreicher Start unseres gemeinsam mit der KPD organisierten marxistisch-leninistischen Fernstudiums

Am 12. und 13. März trafen sich in Hannover 36 Teilnehmer/innen zum ersten Seminar des neuen Durchgangs unseres marxistisch-leninistischen Fernstudiums. Weitere 16 Teilnehmer/innen hatten sich entschuldigt, weil sie terminlich verhindert waren, wollen aber weiterhin teilnehmen. Beispielsweise kam von einer Gruppe nur ein Genosse, er hat aber die Materialien für fünf weitere mitgenommen. So werden sie zu Hause bis zum nächsten Seminar gemeinsam lernen. Wir hatten also insgesamt 52 Anmeldungen. Dazu sind noch vier weitere gekommen, weil anwesende Genossen/innen ihre Freunde bzw. Geschwister angerufen haben und ihnen vom Fernstudium berichtet haben, so dass diese nun auch noch teilnehmen wollen. Insgesamt also: 56 Anmeldungen.

Die Zusammensetzung ist kunterbunt, der Jüngste ist 18, der Älteste 63 Jahre alt, etwa ein Drittel sind Frauen. Politisch ist selbstverständlich die KPD stark vertreten (ca. ein Viertel), dann antiimperialistische Gruppen, Lesezirkel, KI, FDJ, SDAJ, zudem durch die jüngsten imperialistischen Kriege neu Politisierte. Wir haben u.a. türkische, kurdische und arabische Teilnehmer/innen sowie Genossen mit polnischen und russischen Wurzeln. Die Teilnehmer/innen kommen aus allen Ecken der Republik: Berlin, Bielefeld, Braunschweig, Bremen, Düsseldorf, Duisburg, Essen, aus der Eifel, aus Göttingen, Hannover, Herzberg, Hildesheim, Leun, Kiedrich, Koblenz, Köln, Leipzig, Mannheim, München, Rodewisch, Rostock, Rüsselsheim, Siegen, Sebnitz, Stuttgart, Wiesbaden und Woltersdorf.

Das Programm war anspruchsvoll, aber zu schaffen, die Aufmerksamkeit und die Disziplin sehr hoch. Man muss sich vergegenwärtigen, dass wir am Sonnabend, nur von zwei kurzen Kaffee- und Zigarettenpausen unterbrochen, sieben Stunden Frontalunterricht gemacht haben mit den Inhalten: Philosophische Grundlagen, Idealismus, Materialismus, dialektischer Materialismus, Basis-Überbau-Modell, kurze Einführung in die Erkenntnistheorie, historischer Materialismus, Gesellschaftsformationen der Menschheit, dann Marx, Kapital, Die Ware, Gebrauchswert und Tauschwert, konkrete und abstrakte Arbeit, Wertschöpfung, Wertformen, Warenfetisch.

Am zweiten Tag, dem Sonntag, war es dann sechs Stunden lang ähnlich dicht: Nach kurzer Wiederholung ging es weiter über das Geld zur einfachen Warenzirkulation, dabei wurde auch der Geldfetisch behandelt, die Anarchie der Produktion und die

damit verbundene Krisenmöglichkeit, dann die ursprüngliche Akkumulation und der Kapitalkreislauf inklusive Kauf und Verkauf der Ware Arbeitskraft und Mehrwertproduktion, also Ausbeutung. Ein Ausflug zur Mystifizierung der Oberfläche des Kapitals, zum schönen Schein der Zirkulationssphäre, zur Verschleierung der Ausbeutung durch die Lohnformen und zum Begriff des „notwendig falschen Bewusstseins“ beendete das Seminar. Diskussionen zwischen den Teilnehmern über die thematisierten Inhalte rundeten das Wochenende ab.

Die Rückmeldungen waren ausgesprochen positiv, das überschwängliche Lob war schon fast peinlich.

Das nächste Seminar wird – wieder in Hannover – am 4. und 5. Juni stattfinden. Bis dahin werden die Teilnehmer/innen die ihnen gegebenen Leseaufgaben durcharbeiten, die ihnen mitgegebenen Leitfragen beantworten und uns die Antworten zusenden, damit wir eine angepasste und solide Vorbereitung für das Juni-Seminar durchführen können.

Noch ein persönliches Wort: Die Sache ist natürlich sehr anstrengend, so haben wir allein zwei Tage mit der Sicherstellung der Versorgung verbracht und die Inhalte möchten natürlich auch vorbereitet sein. Im Vorfeld des Fernstudiums erlebten wir nicht nur Positives: die junge Welt hat zwei unserer Anzeigen verhunzt, d.h. Textpassagen aus älteren Anzeigen, die in diesem Zusammenhang recht widersinnig waren, mit abgedruckt, was allerdings keine Absicht der jungen Welt war, aber eben trotzdem ein blöder Fehler (die junge Welt hat uns danach als „Wiedergutmachung“ unentgeltliche Anzeigen angeboten) und die UZ hat eine bezahlte Anzeige für das Fernstudium gedruckt, was uns sehr gefreut hat, der Parteivorstand hat bei seiner auf diese Veröffentlichung folgenden Sitzung aber das Erscheinen unserer Anzeige als einen Fehler bezeichnet (angenommen bei einer Gegenstimme und einer Enthaltung). Manchmal kann man nur mit dem Kopf schütteln. Aber egal, die Anstrengungen und der Ärger lohnen sich auf jeden Fall, ich gehe nach einem solchen Seminar zwar kaputt, aber sehr zufrieden nach Hause – mit dem Gefühl, etwas wirklich Gutes auf den Weg gebracht zu haben.

Zum Schluss noch ein paar Worte des Dankes:

Als erstes schüttelte ich Norbert, meinem Mitreferenten und Mitorganisator von der KPD, voller Dank die Hand. Die gemeinsame Vorbereitung im Vorfeld sowie die gemeinsame Durchführung des Seminars verliefen reibungslos und überaus konstruktiv.

Dann gab es viele Genossinnen und Genossen, die uns Literatur für das Fernstudium zugesandt haben, Literatur, die begeisterte Abnehmer fand: ich habe 12 Kartons voller

Bücher mitgenommen und zwei wieder mit nach Hause gebracht! Stellvertretend für alle sei hier besonders dem Genossen Ludwig Groeneveld aus Bielefeld gedankt.

Und es gab ebenso viele Genossinnen und Genossen, die dem Spendenaufruf für das Fernstudium gefolgt sind und uns finanziell unterstützt haben. Wir liegen inzwischen bei einem Spendenaufkommen für das Fernstudium von knapp 2.000,- Euro, was sehr gut ist, weil wir Studienmaterialien nachdrucken müssen. Hier sei stellvertretend für alle dem Genossen Kurt Walther aus Leipzig für seine überaus großzügige Spende gedankt.

Ohne diese breite Unterstützung wäre die Durchführung des Fernstudiums sehr, sehr schwierig, wenn nicht unmöglich. Und gleichzeitig ist diese Unterstützung auch eine große Anerkennung für unsere Bildungsarbeit. Es ist schön, dass das Fernstudium solche Wurzeln schlägt. Herzlichen Dank nochmals an dieser Stelle!

Torsten Schöwitz: Grußadresse an die Teilnehmer/innen des marxistisch-leninistischen Fernstudiums von KPD und offen-siv

Liebe Teilnehmer des marxistisch-leninistischen Fernstudiums von KPD und offen-siv, liebe Genossinnen und Genossen!

Im Namen des Sekretariats des ZK der KPD sende ich Euch von unserer heutigen Sitzung herzliche Kampfesgrüße und wünsche Euch viel Erfolg beim gemeinsamen Studium der von Marx, Engels und Lenin begründeten Weltanschauung.

Da die Welt erkennbar ist, sind sowohl die Ursachen für die heutigen gesellschaftlichen Katastrophen wie auch ihre Lösung erkennbar. Um beim politischen Kampf für die Interessen der Arbeiterklasse und ihrer natürlichen Verbündeten, also der Mehrheit der Bewohner unseres Planeten, viel klarer zu sehen, habt Ihr Euch für den richtigen Bildungsweg entschieden. Auf diesem Weg steht die KPD fest an Eurer Seite. Das Zitat von Lenin: „Lernen, lernen nochmals lernen“ sollte Euer ständiger Wegbegleiter sein.

Mit kommunistischem Gruß, Torsten Schöwitz

Kritik an offen-siv 1-2016

Irene Eckert: Lieber Frank, liebe Anna,

danke für die Übernahme zweier Texte von mir in der Januar-Februar-Ausgabe Eures Blattes.

Ganz besonderen Dank für die sehr wesentlichen Betrachtungen von Professor Erich Buchholz, darüber wie das „Potsdamer Abkommen unwirksam gemacht wurde“. Der Mann ist von einer geistigen Klarheit und Standhaftigkeit, die Bewunderung verdient. Ich würde ihm gerne persönlich danken.

Wichtig ist natürlich auch der übersetzte Vortrag von Grover Furr und der Hinweis auf seine Buchneuerscheinung zu Trotzki. Dank auch für den Abdruck der Replik von Heinz Hammer auf den Petras Text zu Cuba, den auch ich mit Bauchschmerzen gelesen hatte. Der Professor sieht mir zuviel schwarz allerorten.

Weniger überzeugend in der Argumentationsführung und Herangehensweise erscheint mir dagegen die „KI-Kritik“ an den DKP-Entwicklungen wie sie auf ihrem 21. Parteitag wohl zu Tage traten. Da scheint mir ein konstruktiverer Zugriff möglich.

Am wenigsten überzeugend ist der Abdruck des Referats des KKE Vertreters Dimitris Koutsoumbas von der Brüsseler Tagung der Kommunistischen Parteien im Dezember 2015.

Koutsoumbas kolportiert die sattsam bekannte falsche und fatale Haltung der KKE gegenüber Russland und China, wenn gleich hier fein dosiert, wodurch die Positionierung nicht weniger friedenspolitisch gefährlich daneben liegt. Er sagt auf Seite 26 über das am 30. September erfolgte - übrigens vor der UN-Vollversammlung angekündigte und nach intensivsten voraufgegangenen Demarchen und auf syrische Einladung hin erfolgte, also einzig völkerrechtskonforme - militärische Eingreifen der Russen, dass es „*los ging*“ und „*Ausdruck einer weiteren inner-imperialistischen Verschärfung*“ sei.

In Wirklichkeit ist das Eingreifen Russlands ein anti-imperialistischer Akt und es hat die menschenrechtliche Situation für die Syrer in Teilen schon verbessern helfen, die Terroristen zum Rückzug gezwungen, sowie den Pfad für neuerliche Verhandlungen geöffnet. Die US-Amerikaner sind vor aller Welt als Unterstützer des Terrors entlarvt und sie befinden sich mit ihrer barbarischen Interventionspolitik in einer Sackgasse. Das muss zur internationalen Lage gesagt werden.

Das russische Vorgehen, nolens volens gleich, mit zu summieren unter „*imperialistisches Vorgehen*“ ist falsch, entbehrt jeder Grundlage und verhindert das Zustandekommen echter internationaler Solidarität. Wichtig ist auch, was nicht gesagt wird, nämlich, dass dank der russischen und (leisen chinesischen) Diplomatie Iran im letzten Jahr aus dem Zangengriff der US-oktroyierte Sanktionen befreit wurde und das erhebliche Auswirkungen auf deren wirtschaftliche Entwicklung haben wird, die nicht im Interesse des US-Imperiums und dessen Ober-Lakai Saudi Arabien sind.

Auf S. 28 ist besonders dumm und in ihrer Konsequenz ähnlich verhängnisvoll, Koutsoumbas Einschätzung, die „sogenannte 'multipolare Welt' habe nichts mit dem Frieden, der 'Sicherheit' der Völker, der Lösung der Konflikte zu tun, wie seine Verfechter (realitätswidrig) behaupteten“. Der Autor unterschlägt hier den Verweis darauf, dass es sich immerhin um ein chinesisch-russisches, ja ein Konzept der BRICS-Staaten handelt, das von großen Teilen des globalen Südens, also der „Entwicklungsländer“ unterstützt wird und das ein anti-hegemoniales, anti-imperialistisches Konzept im Geiste der Blockfreiheit ist und damit sehr wohl dem Frieden dienlich. Jeder Antiimperialist, jeder Demokrat und jeder Kommunist alle Male müsste das im Interesse der Menschheit unterstützen, wenn er sich denn damit auskennte, wenn er davon konkret Kenntnis hätte. Leider subsumiert die KKE aber China und Russland unter Imperialismus und leistet sich selbst damit einen fürchterlichen Bärenienst und ihren Freunden natürlich auch.

Den „Sturz des Kapitalismus“ (S. 33) zu propagieren ist dagegen billig, unzeitgemäß und revoluzzerhaft. Es bringt der KKE stagnierenden Einfluss in Griechenland und beraubt sie relevanter Bündnispartner in ihrem so notwendigen Kampf. Uns blendet es den Blick für wirklich revolutionäre Veränderungen, die sich schon, wenngleich unmerklich fast, auf internationaler Ebene vollziehen und die griechischen Kommunisten schwächen damit ihre und unsere Widerstandskraft.

Wer auf die KKE hofft und ihren „revolutionären Elan“, ist leider einsam und kämpft auf verlorenem Posten (wie Asterix und seine Gallier), **womit ich keineswegs die SYRIZA zu unterstützen meine**. Vielmehr plädiere ich für eine realitätsgerechte und völkerrechtskonforme Analyse und Vorgehensweise.

Mit solidarischen Grüßen, Irene Eckert

Frank Flegel, Gerhart-Hauptmann-Str. 14,
37194 Bodenfelde/Wahmbeck
Postvertriebsstück,
DPAG, H 14360
Entgelt bezahlt